

Josef Frey - Materialien - KPÖ - innerparteiliche Dokumente - März bis April 1923

39 Dokumente, 79 Seiten, Faksimile

Die hier zusammengestellten Dokumente umfassen den Zeitraum vom VI. Reichsparteitag (ab 3. März 1923) über den Wiener Landesparteitag (14./15. April 1923) bis zu dessen Nachwirkungen bis Ende April 1923. Am VI. Parteitag hatte eine heterogenen Gruppe um Franz Koritschoner und Karl Tomann eine Mehrheit erreicht, die Strömung um Josef Frey verlor ihre bisherige Majorität – Josef Frey wurde nicht einmal mehr in den Parteivorstand gewählt.

Unter diesen Voraussetzungen waren die fraktionellen Auseinandersetzungen nicht zu beenden. Vor diesem Hintergrund entschied sich wenig später auch das Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI), die Situation auf die Tagesordnung seiner 3. Sitzung (12.-23. Juni 1923) zu setzen.

Im Mittelpunkt der Dokumentation stehen Texte, die von Josef Frey bzw. in seinem Umfeld verfasst wurden und die sich kritisch mit der Parteiführung, in der Franz Koritschoner und Karl Tomann dominierten, auseinandersetzten. Eine wichtige Rolle spielt in dieser Dokumentation auch Paul Friedländer (1891-1943). Er war Mitbegründer der KPÖ und Chefredakteur ihrer ersten Parteizeitung *Die soziale Revolution*. Auf drei Parteitag wurde Friedländer zum Mitglied des KPÖ-Vorstands gewählt, zunächst von Februar bis Mai 1919 sowie im März 1922 und März 1923. Neben Richter war er in diesem, am VI. Parteitag gewählten Parteivorstand Vertreter der Minderheit. Friedländer, der sich von der *Frey-Fraktion* getrennt hatte, zog 1926 nach Berlin, wurde Mitglied der KPD und, nach Vermittlung von Ruth Fischer, Redakteur der *Inprekorr*. Nach der Machtübernahme Hitlers in Deutschland 1933 flüchtete Friedländer erst nach Österreich, dann nach Paris, wo er im Auslandssekretariat der KPD tätig wurde und dem *Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus* angehörte. 1939 folgte die Internierung, während der er sich mit einer Protesterklärung vom *Hitler-Stalin-Pakt* distanzierte. 1942 wurde er ausgeliefert und nach Auschwitz deportiert, wo er 1943 ermordet wurde.

Manfred Scharinger, 18.6.2026

KPÖ - innerparteiliche Dokumente - März bis April 1923

Nr.	Autor/innen	Dokument	Zeit	Seiten
1	KPÖ - Lokalorganisation Margareten	Resolution, angenommen in der Mitgliederversammlung am 9. März 1923	9.3.1923	1
2	KPÖ - Lokalorganisation Margareten	Resolution, eingebracht vom Gen. Dank [?], Zusatz Gen. Schauer, einstimmig angenommen in der Mitgliederversammlung	9.3.1923	1
3	KPÖ - Lokalorganisation Meidling	Resolution der Vertrauensmännerkonferenz in Meidling, gez. Alois Donauer Für die Lokalorganisation und den Lokalausschuss	9.3.1923	1

4	KPÖ - Lokalorganisation Meidling	Vollmacht zur Unterfertigung der Vertrauenserklärung. Alois Donauer u.a.	[9.3.1923]	1
5	KPÖ - Lokalorganisation Graz	Resolution der Lokalorganisation Graz. Karl Daniel u.a.	12.3.1923	1
6	KPÖ - Lokalorganisation Graz	Resolution der Lokalorganisation Graz an die Exekutive der kommunistische Internationale und an den Parteivorstand der KPÖ. Karl Daniel u.a.	12.3.1923	1
7	KPÖ - Lokalorganisation Graz	Resolution der Lokalorganisation Graz an den Parteivorstand der KPÖ. Karl Daniel u.a.	12.3.1923	1
8	Paul Friedländer und Richter	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale	12.3.1923	1
9	Paul Friedländer und Richter	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale	12.3.1923	1
10	Paul Friedländer	Brief an die Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale	14.3.1923	1
11	Paul Friedländer	freies zu Protokoll PVS [Parteivorstand] 25/III: Erklärung des Genossen Friedländer	[o.D.]	1
12	Paul Friedländer und Richter	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale mit Angang: Aufmarschplan vom 31.1.1923	21.3.1923	4
13	Josef Frey und Paul Friedländer	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale [Bericht über den Parteitag der KPÖ]	[Ende März 1923]	11
14	[Anhänger der Frey-Gruppe]	Brief an den Parteivorstand der KPÖ - Protest gegen die personelle Zusammensetzung des gegen uns eingesetzten Parteigerichtes	26.3.1923	2
15	KPÖ - Bezirksorganisation Margarethen	Brief an den Parteivorstand der KPÖ, gezeichnet Georg Schauer u.a.	3.4.1923	2
16	[Josef Frey]	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale	11.4.1923	5
17	Karl Tomann	Brief an einen steirischen Genossen [Streik der steirischen Bergarbeiter]	12.4.1923	1
18	KPÖ Wien - Jugenddelegation	Wiener Landesparteitag - Erklärung der Jugenddelegation zum Punkt Wahlen	14./15.4.1923	1
19	Karl Polzer	Wiener Landesparteitag - Antrag (betreffend Arbeiterregierung)	14./15.4.1923	1
20	---	Wiener Landesparteitag - Eventualantrag (betreffend Arbeiterregierung)	14./15.4.1923	1
21	Dietz	Interpellation an die Landesleitung [Materialienzusammenstellung für den Wiener Landesparteitag]	[ca. 14./15.4. 1923]	5
22	Paul Friedländer	Wiener Landesparteitag - Resolution zu Punkt 2	14./15.4.1923	6
23	N	Wiener Landesparteitag - Antrag	14./15.4.1923	1
24	Josef Frey	Wiener Landesparteitag - Antrag	14./15.4.1923	1

25	Dietz	Wiener Landesparteitag - 3 Anträge	14./15.4.1923	1
26	Josef Frey	Wiener Landesparteitag - Abänderungsantrag zu §2, II. Satz	14./15.4.1923	1
27	KPÖ - Landesleitung Wien	Wiener Landesparteitag - Antrag zur Regelung der Monatsbeiträge der Arbeitslosen	14./15.4.1923	1
28	Josef Frey	Brief an die Redaktion der „Roten Fahne“ zu Händen des Chefredakteurs, des Gen. Koritschoner	18.4.1923	1
29	Josef Frey	Brief an die Redaktion der „Roten Fahne“	[ca. 18.4. 1923]	2
30	Paul Friedländer / Richter / Josef Frey	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale - Bericht der Minderheit des Landesparteitages Wien, beigefügt Resolution Friedländer zur Taktik der KPÖ [Fragment, S.5 fehlend]	18.4.1923	5
31	Paul Friedländer	Brief an den Chefredakteur der „Roten Fahne“	19.4.1923	2
32	Paul Friedländer	Zuschrift (Friedländer) über den Bericht zum Landesparteitag van die Redaktion der „Roten Fahne“	[o.D., 19.4.1923]	2
33	Karl Daniel u.a.	Brief an xxx	20.4.1923	1
34	Josef Frey	Brief an Holzhofer	24.4.1923	2
35	[Josef Frey]	Brief an Karl Daniel	24.4.1923	1
36	Paul Friedländer / Josef Frey	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale	25.4.1923	1
37	Josef Frey	Brief an Klocker	26.4.1923	1
38	Ferdiny Fritz	Brief an Josef Frey	27.4.1923	2
39	[Paul Friedländer ?]	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale	[o.D., ca. Ende April 1923]	4
				79

Resolution der Lokalorganisation Margareten
angenommen in der Mitgliederversammlung
am 9. März 1923.

Die Lokalorganisation von Margareten
spricht ihrem Delegierten zum 6. Reichs-
parteitag am K. O. G., dem Genossen
Freyer für seine Haltung an demselben
das volle Vertrauen aus. Insbesondere
begünstigt sie den Anschluß des Delegierten
an die Minderheit des Parteitag's,
mit deren Linie sich die Lokal-
organisation identifiziert und
dem Genossen Frey das volle Vertrauen
ausspricht. Die Mitgliederversammlung
erklärt jedoch, daß sie bis zur end-
giltigen Entscheidung der Komintern
in der gegenwärtigen Parteikrise,
ein in kommunistischen Sinne ge-
rechteten Beschuß des gegenwärtigen Lan-
desvorstandes nicht Folge sein



Wien, am 10. März 1923.
Oskar Alfons Frey.

In Auftrage
August 60.

Resolution

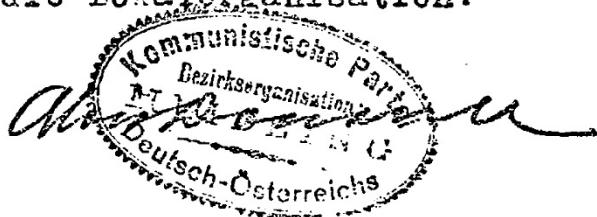
eingbracht vom Gen. Danko 1. Zusatz: Gen. Schaner, einstimmig angenommen in der Mitgliederversammlung am 9./II 1923:

Die Lokalorganisation spricht ihrem Delegierten, dem Gen. Schaner, für seine Haltung am Parteitage das volle Vertrauen aus. Insbesondere begrüßt sie den Einschluss ihres Delegierten an die Minorität des Parteitages, ^{mit} dem diese sich die Lokalorganisation identifiziert. Die Mitgliederversammlung spricht ferner dem Gen. Frey das volle Vertrauen aus, erklärt jedoch, dass sie dem im kommunistischen Geist gefassten Beschlüssen des gegenwärtigen Partivorparates - bis zur endgültigen Entscheidung der Internationale in der gegenwärtigen Parteikrise - eine nicht Folge leistet.

Resolution

Die am Freitag, den 9. März 1923 in Grünwalds Gasthaus tagende ~~Vertrauensmännerkonferenz~~ ^{in 51 Genossen} nimmt mit Freuden zur Kenntnis, dass der Vertreter der III. Internationale die Linie der früheren P.V. Majorität als die richtige bezeichnet hat, und bedauert, dass dieselbe nicht weiterhin mit der Führung der Partei betraut wurde. Die Vertrauensmänner erklären sich vollkommen solidarisch mit der Haltung der Delegierten der Lokalorganisation. Trotzdem wir von dem Ausgange des Parteitages keineswegs befriedigt sind, fügen wir uns der Disziplin und werden wir alle Beschlüsse des neuen Parteivorstandes durchführen.

Für die Lokalorganisation:



Kommunistische Partei
Bezirksorganisation
Wien
Deutsch-Österreichs

Resolution.

Die am Freitag den 9. März 1923 im gleichen Lokale stattfindende Konferenz hat nachstehende Resolution einstimmig angenommen: Nachdem unsere Vertreter am Parteitage nicht wie es notwendig gewesen wäre zum Wort kommen konnten, um die persönlichen Angriffe und Verleumdungen, welche die Mitglieder der früheren P.V.M. insbesondere aber Gen. Frey ausgesetzt waren, zurückzuweisen, erklären wir, dass in politischer und moralischer Richtung diese Genossen, besonders aber Gen. Frey weiterhin unser uneingeschränktes Vertrauen sicher ist.

Wir würden es als grossen Verlust betrachten, wenn sich diese Gen. soweit sie nicht dem P.V. angehören, nicht weiterhin mit aller Kraft der Partei zur Verfügung stellen würden, und begrüßen es, dass Gen. Frey sich bereit erklärt hat ~~seine~~ seine Person im Dienste der Lokalorganisation zu verwenden.

Für den Lokalausschuss:



Kommunistische Partei
Bezirksorganisation
Wien
Deutsch-Österreichs

Zur Veröffentlichung in der "Roten Fahne."


Resolution der Lokalorganisation Graz.
* * * * *

Die am 12. März 1928 tagende Vollversammlung stellt sich voll auf die vom Parteitag angenommenen Thesen und konstatiert, dass der Parteiverstand nicht den vom Parteitag beschlossenen Thesen entspricht, hegt schwere Bedenken über die Aktionsfähigkeit des Parteiverstandes, spricht sich jedoch für die volle Disziplin ohne Vorbehalt gegenüber dem Parteiverstand aus. Die Vollversammlung konstatiert nur die Beschränkung der sachlichen Gegensätze in Worten; sieht jedoch in dem Verlaufe und den Ergebnissen des Parteitages eine Verschärfung der persönlichen Gegensätze unehlicher Art. Die Vollversammlung erhebt flammenden Protest gegen die Vergewaltigung der Parteitagsminderheit durch die Parteitagsmehrheit, sowie gegen die Ausschaltung der Minderheit aus der Reichsvertretung. Die Vollversammlung stellt sich voll auf die von der Parteitagsmehrheit vertretene Linie und billigt die Haltung des Genossen Daniela, Parteitag.

Wurde von allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Für die Richtigkeit:

J. J. J.
W. J. J.
W. J. J.
W. J. J.



W. J. J.

An die Exekutive der Kommunistischen Internationale

Moskau

An den Parteivorstand der kommunistischen Partei Ö.

Wien.

Resolution der Lokalorganisation Graz.

Die am 12. März 1937 tagende Vollversammlung der Lokalorganisation Graz weist die von einer Anzahl Genossen betriebene Hetze gegen Genossen Frey und vorjähriger Parteivorstandsmehrheit mit Entrüstung zurück. Die Vollversammlung spricht der vorjährigen Parteivorstandsmehrheit und dem am heftigsten angegriffenen Genossen Frey das vollste moralische und politische Vertrauen aus.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.



Für die Richtigkeit:

Lückenbauer
In Hinger
Reichelstein

An den

Partei Vorstand der K.P.Ö.

Wien.

Resolution der Lokalorganisation Graz.

Die am 12. März 1933 tagende Vollversammlung stellt sich voll auf die vom Parteitag angenommenen Thesen und konstatiert, dass der Parteivorstand nicht den vom Parteitag beschlossenen Thesen entspricht, ~~hat~~ hegt schwere Bedenken über die Aktionsfähigkeit des Parteivorstandes, spricht sich jedoch für die volle Disziplin ohne Vorbehalt gegenüber dem Parteivorstand aus. Die Vollversammlung konstatiert nur die Beseitigung der sachlichen Gegensätze in Worten; sieht jedoch in dem Verlaufe und den Ergebnissen des Parteitages eine Verschärfung der persönlichen Gegensätze sachlicher Art. Die Vollversammlung erhebt flammenden Protest gegen die Vergewaltigung der ~~Parteitagsminder-~~ Parteitagsminder-heit durch die Parteitagsmehrheit, sowie gegen die Ausschaltung der Minderheit aus der Reichsvertretung. Die Vollversammlung stellt sich voll auf die von der Parteitagsminderheit vertretene Linie und billigt die ~~Mäßigung~~ Haltung des Genossen Daniel am Parteitag.

Wurde von allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Für die Richtigkeit:



[Handwritten signature]

[Handwritten signature]
Frittinger

[Handwritten signature]

Werte Genossen!

Mitglieder des Parteivorstandes der K.P.Oe.

Die Unterfertigten/ erheben hienit schärfsten Protest gegen das ungeheuerliche Vorgehen des P.V. der K.P.Oe. in seiner konstituierenden Sitzung. Wie in einer ausführlicheren Darstellung in den nächsten Tagen dargelegt werden wird, hat der P.V. in seiner konstituierenden Sitzung kurzerhand eine Reihe der wertvollsten Kräfte in der österreichischen K.P., weil sie zur ehemaligen P.V. Mehrheit gehalten haben, wie Gen. Frey, Stern, Gruber, so-wie die gesamte bisherige Redaktion, gemässregelt und aus der Mitarbeit in der Partei auszuschalten versucht.

7 fast

Gen. Friedländer, der als Vertreter der ~~Exekutive~~ ~~Minderheitsminderheit~~ Parteitagminderheit, neben dem Sekretär der tschechischen Kommunisten in Oesterreich, dem Gen. Richter, in den Parteivorstand gewählt war, wurde ebenfalls durch den neuen Parteivorstand so gut wie politisch ausgeschaltet und gewissermassen strafweise als Auslanderedakteur in die Redaktion eingeteilt, wodurch ihm als Vertreter der Minderheit die Möglichkeit fast vollständig geraubt ist, mit der Mitgliedschaft in Verbindung zu treten. Das politische Büro besteht aus den Genossen Tomann und Koritschoner, die nun eine tatsächliche Diktatur in der Partei ausüben. Sekretär des politischen Büros ist der notorisch unfähige Gen. Grün, welcher der Exekutive ja hinreichend bekannt ist. Gen. Friedländer, der bisher politischer Sekretär der Partei war, wurde, trotzdem er als Vertreter der Minderheit in den P.V. gewählt wurde - und zwar einer Minderheit, die sich durch scharfe politische Differenzen von der Mehrheit abgrenzte, - nicht in das politische Büro des neuen Parteivorstandes hineingelassen.

Eine Reihe anderer Massnahmen, die getroffen wurden, entspringen aus rein persönlichen Bedürfnissen der Gen. Tomann und Koritschoner und müssen in ihren Folgen geradezu parteischädigend wirken.

Wir protestieren schärfstens dagegen und halten für notwendig, dass Eingreifen der Exekutive der Komintern. Wir bitten die Exekutive sich das Protokoll der konstituierenden Parteivorstandssitzung durch den neuen Parteivorstand so rasch als möglich vorlegen zu lassen.

Wir werden dieses unser Schreiben der Exekutive noch näher begründen.

Mit kommunistischem Grusse

Friedländer Richter

P.S. Wie bringen ferner der Exekutive der Komintern die in der Komintern. beizugeh. Tatsache zur Kenntnis, dass der Bericht des Wiener & Rotterdamer über den Parteitag der K.P.Oe. in London veröffentlicht ist, dass die ausführlichen und für die Partei wertvollen Diskussionen über die sachlichen Differenzen vollständig unterdrückt wurden, obwohl sie den Hauptgegenstand des Parteitags bildeten. Dies geschah ohne Wissen des Parteivorstandes.

1. 12. 20

Wien, 12. März 1923.

An die

Exekutive der III. Internationale.

Werte Genossen !

Wir Unterfertigte wurden gegen unseren Willen als Vertreter der Minderheit des Parteitages der K.P.Oe. von der Parteitagmehrheit auf deren Wahlvorschlag als Kandidaten nominiert und trotz unserer Erklärung, unter den gegebenen Umständen nicht in den Parteivorstand eintreten zu wollen, in den Parteivorstand der K.P.Oe. gewählt.

Wir haben nach unserer Wahl folgende Erklärung abgegeben:

• Entgegen dem Willen und dem Einspruch der Parteitagsminderheit hat die Parteitagmehrheit uns Unterzeichnete in den Parteivorstand gewählt.

Wir erklären, uns diesem Beschluss lediglich aus Gründen der Parteidisziplin zu fügen.

Wir erklären gleichzeitig, dass uns der neu gewählte Parteivorstand keine Gewähr für eine einheitliche klare Linie der Parteiführung bietet und auch nicht die persönlichen Garantien, die dafür geboten sind, dass alle Mitglieder des neuen Parteivorstandes die Partei in der richtigen Weise führen werden, dass wir die Verantwortung für die Politik der P.V. Mehrheit nicht übernehmen können und daher sofort der Exekutive der Kommintern das begründete Ersuchen vorlegen werden, unser Demissionsangebot zur Kenntnis zu nehmen, denn die Voraussetzung der gedeihlichen Arbeit erscheint nicht gegeben, nämlich das Vertrauen. •

Hiermit übermitteln wir unser Demissionsangebot der Exekutive der Kommintern.

Die ausführliche Begründung dieses Demissionsangebotes folgt in den nächsten Tagen.

Wir ersuchen die Exekutive vor Einlangen unserer ausführlichen Begründung keinerlei Entscheidung zu treffen, da dies die innere Lage der Partei nur noch schwieriger gestalten würde.

~~Wir ersuchen die Exekutive der Kommintern, unser Demissionsangebot zu berücksichtigen und die Exekutive der Kommintern zu ersuchen, unser Demissionsangebot zu berücksichtigen.~~

Mit kommunistischem Grusse

An das

Wien, 14. März 1923.

14.3. 1923

Exekutivkomite der Kommunistischen Internationale.

Werte Genossen !

Der gestrigen zweiten Parteivorstandssitzung des neu gewählten Parteivorstandes der K.P.O., habe ich als einziger Vertreter der Parteitagesminderheit beigewohnt. (Gen. Richter war abwesend) Vor Erörterung des Punktes "Berichte des Organisationsbüros" wobei über wichtige Massnahmen berichtet werden sollte, beschloss der Parteivorstand, trotz meines schärfsten Protestes, dass ich die P.V. Sitzung zu verlassen und in die Redaktion zu gehen habe, wo ich als Auslandsredakteur, ebenfalls gegen meinen Protest, eingeteilt worden bin. Es lag keinerlei zwingender Grund zu diesem Beschluss vor.

Ich bin der Ansicht, dass es meine erste und wichtigste Pflicht ist, insbesondere, da ich der exponierte Vertreter der Parteitagesminderheit im P.E. bin, den Parteivorstandssitzungen vom ersten bis zum letzten Moment beizuwohnen. An dieser Pflicht kann und darf mich die P.V. Mehrheit nicht hindern. Eine solche Majorisierung und Brutalisierung ist absolut unzulässig.

Ich habe mich diesmal aus Disziplinargründen dem Beschluss gefügt. Aber ich erkläre, dass ich auf die Dauer die Disziplin in dem Sinne üben werde, dass ich, da mich nun einmal der Parteitag in den P.V. gewählt hat, unbedingt und in erster Linie meine Pflichten im P.V. erfüllen werde.

Ich ersuche das Exekutivkomite die gegenwärtigen Diktatoren der Partei, die sämtlichen führenden Funktionen untereinander verteilt haben, die Genossen Tolman und Koritschoner, darüber aufzuklären, dass die Pflicht zur Teilnahme an den P.V. Sitzungen, allen übrigen Pflichten vorgeht, und dass sie - was ich ihnen bereits gesagt habe, - für den Fall als die Funktion als Auslandsredakteur sich nicht verträgt mit meiner Teilnahme an P.V. mich meiner Funktion als Auslandsredakteur zu entheben, aber nicht vom P.V. zu entfernen haben. Ich ersuche um sofortige Regelung dieser Angelegenheit.

Mit kommunistischem Gruss

Paul Friedländer

Wien, 21. März 1923 .

An die Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Werte Genossen !

1.) Mit Beziehung auf das vor einer Woche abgegangene Schreiben an die Exekutive, führe ich bezüglich der Erschütterung unseres zentralen Parteiapparates durch das zu bloß persönlichen Bedürfnissen dienende Vorgehen der gegenwärtigen Parteivorstands-mehrheit, beziehungsweise der gegenwertigen Parteidiktatoren Koritschoner und Tomann, folgendes an

Die gesamte Redaktion, der politische organisatorische Reichssekretär und der Wiener Sekretär, wurden auf der Stelle ihrer Funktion entzogen, obwohl gegen ihre Leistungen nicht der geringste sachliche Einwand bestand, was auch die Parteivorstandsmehrheit nicht in Anspruch nehmen kann. An ihrer Stelle wurden, teils ungeeignete Kräfte, teils solche, die sich noch keineswegs erprobt haben, angesetzt. Der Wechsel geschah zur Bestrafung derjenigen, welche nicht zu Tomann und Koritschoner und zur offenkundigen Belohnung derjenigen, welche zu ihnen gehörten haben. Dies kann man schlenkweg als Korruptionismus bezeichnen. Wir sind bereit dafür die detaillierten Beweise zu geben. In der Redaktion ist die maßgebende Person ein junger Mann Intellektueller, der sich keineswegs in Parteilagen erprobt hat, aber Tomann und Koritschoner bei ihrer Propaganda gegen die ehemalige Parteivorstandsmehrheit, gute persönliche Dienste geleistet hat. Ihm ist das Kapital Österreich, sowohl nach der politischen als auch wirtschaftlichen Seite hin, im in der Reaktion zugewiesen. Der politische Reichssekretär ist der Gen. Grün, für diejenigen die ihn kennen, sagt der Name alles. So könnten wir noch eine Reihe von Beispielen anführen.

Wir würden über diese Tatsachen mit Stillschweigen hinweg gehen, wenn sie nicht, davon wir noch sprechen werden, ihre schweren Konsequenzen für die Parteitätigkeit hatten und wenn sie nicht die Krise der Partei erst recht wieder aufflammen lassen.

2.) Hand in Hand mit dieser Massregelung, wertvoller und in der Partei erprobter Kräfte, an denen unsere Partei so furchtbar arm ist, gegen ihre planmäßige Mundtotmachung, beziehungsweise ihre vollständige Exzessive Abschaltung von der Masse und in ebenso von den Parteiloyalitäten. Auch dafür sind wir bereit, detaillierte Beweise zu geben. Zwei Beispiele: Der Vertreter/der Parteitagsschlichter (Gen. Friesländer, wurde als Auslandsredakteur strafweise in die Redaktion versetzt, wo er neben den oben erwähnten jungen Genossen, der der eigentliche Chefredakteur ist (da der noch in der Chefredaktion Koritschoner, vollst. auf, unter dessen Aufsicht steht), zu arbeiten hat. Zweck der Maßnahme war und ist, ihn davon zu verhindern, in die Organisationen, beziehungsweise unter die Masse gehen zu können. Dabei handelt

an Parteivorstand

es sich natürlich nicht um die „Organisierung einer Opposition“, sondern um die Agitation für die Forderungen der K.P.U. gegenüber der Bourgeoisie, der Sozialdemokratie, usw. Im Gegensatz zur Abschaltung des Gen. Pöschlender wurden zwei andere Redakteure, der für den gewerkschaftlichen Teil und der für die Provinz, vom Abend- und Nachtendienst in der Redaktion befreit, damit sie in den Lokalorganisationen agitieren können. Es handelt sich hierbei um zwei Propagandisten, insbesondere für das Gen. Toman. Dies zeigt ganz klar, die leichtfertige und persönliche Handlungsweise, gegen das Gen. Toman, der nun feindselig seine persönlichen Interessen allein voran stellt.

7 über die Toman

Soweit uns bekannt ist, was ist in der Kommunistischen Internationale den Redakteuren, zumal wenn sie Parteivorstandsmitglieder sind, zur Pflicht gemacht, ein bis zweimal in der Woche mit der Arbeiterschaft in unmittelbare Berührung zu kommen. Es ist notwendig, dass die Exkutive der Komintern diese Kleinigkeit der gegenwärtigen Parteivorstandsarbeit mit einschließt.

→ aufwandslos

Kommun. Gen. Frey, der bekannt ist als der stärkste Agitator in Österreich, dessen Wirken auf die Masse eine ~~Freiwilligkeit~~ ist, wird gleichfalls systematisch daran verwandelt, Referent in einer Versammlung zu sein, auch wenn er persönlich verlangt wird. Dafür liegen bereits in der kurzen Zeit Beweise vor.

§. 1 Dieses Vorgehen der neuen Parteivorstandsmehrheit ist natürlich seine bösen parteilichen Folgen in Österreich.

Wir weisen auf zwei besonders in die Augen springenden sonstigen Fehler hin, die in der kurzen Zeit begangen worden sind, seitdem der neue Parteivorstand herrscht. Waffenkammern

7 idräftigen

Es wurde ^{Waffen} gegen die Warenumsatzsteuer, nachdem ^{Waffen} im vergangenen Jahre für den Fall als sie kommen sollte, der Kampf angekündigt hatten, weder in der Presse noch in Versammlungen als sie kam, als sie im obersten Kabinettsrat zum Beschluss erhoben werden sollte, ein Kampf geführt. Erst nachträglich als es schon zu spät war und als der Vertreter der Parteitagsminderheit auf die schwere Unterlassungssünde hingewiesen hätte, wurde eine Kampagne begonnen. Dabei aber der Fehler gemacht, zu erklären, die Warenumsatzsteuer muss vermindert werden, - obwohl sie schon Gesetz war und eine Verhinderung des Gesetzes unmöglich. -

Diese Taktik der nachträglichen Kritik, eine richtige Kampftaktik, hat unserer Partei in Österreich die längste Zeit sehr geschadet und scheint nun wiederum die unwahrscheinliche Taktik des neuen Parteivorstandes zu werden.

Dies beweist der zweite noch schwerere Fehler, der begangen wird, Obwohl Gen. Frießlander im P.V. darauf hingewiesen hat, dass wir in Österreich die Kampagne gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Verleumdung, immer rechtzeitig so zuspitzen müssen, dass wir dem gerade drohenden Vorstoss der Bourgeoisie begegnen - und nicht wie die Sozialdemokratie davon auf ein anderes Gebiet ablenken - oder ihn vollkommen passiv vorüber gehen lassen, - geschieht dies nicht. Obwohl in Österreich in diesem Monate die Forderung bedeutend zugenommen hat, und dies sogar durch den staatlichen Index festgestellt ist, wird weder von unserer Gewerkschaftenabteilung, noch vom Gewerkschafterrat der revolutionären Blocks, die Forderung auf Anpassung der Löhne auf die gestiegenen Lebenskosten ausgegeben, es wird keinerlei Propaganda dafür in den Betrieben gemacht und auch der Parteivorstand rührt sich in dieser Punkte nicht. Es handelt sich um eine konkrete Aktion für ein konkretes Ziel, welches hier verabsäumt wird, obwohl ich im P.V. auf die Bedeutung dieser Sache hingewiesen habe. Der vorige P.V., beziehungsweise sein politisches Büro, hat planmässig darauf geachtet, jedem offensiven Vorstoss des Kapitals auf welchen Gebiete immer, rechtzeitig zu begegnen. Die K.R. hat dadurch beim Proletariat ein Ansehen gewonnen. Wenn sie nun wieder planlos, in vollkommen allgemeiner und verschwommener Form Politik macht, wenn sie sich wiederum in allgemeinen passiv verhält um nur hin und wieder hysterisch aufzubrechen, wird sie anstatt vorwärts zu kommen, um das bisherige Kredit kommen, das sie sich erworben hat.

So muss es einer Partei ergehen, deren oberste Leitung nicht das Interesse der Partei, sondern ihr persönliches Interesse besorgt, wie dies insbesondere in Gen. Tomann und Koritschener tun, welche übrigens eine unerhörte Amtskundmachung für ihre Personen vorgenommen haben.

4.) Die weitere Folge, die nicht minder verhängnisvoll ist, besteht darin, dass infolge des Vorgehens der gegenwertigen P.V. Mehrheit, das Gleichgewicht in der Partei nicht hergestellt werden kann. Durch ihre Fehler wird die Krise neuerlich entfacht. So sind sie daran, mit rücksichtslosen organisatorischen Massnahmen gegen jene Funktionäre in der Partei - und es sind darunter eine Reihe in Wien und ausserhalb Wiens, welche für ganze Organisationen führen - vorzugehen und das Ausschlussverfahren gegen sie einzuleiten zu machen, welche nicht als Personen nicht passen, da sie nicht wie vor, zu den Mitgliedern der ehemaligen P.V. Mehrheit volles Vertrauen haben. Dieses Vorgehen für das wir ebenfalls detaillierte Beweise bringen können, ~~man~~ ^{man} unsere Partei geradezu auf den Rand bringen.

5.) Wir ersuchen die Exekutive zu diesen Dingen Stellung zu nehmen, die ausführliche Begründung des Demissionsangebotes der P.V. Minderheit wird mit nächster Post folgen. Wir möchten insbesondere den Appell um Objektivität an Sie richten.

Frießlander Ridler

1 die Frage

~~XXXXX 2~~

Beilage

b) SS - 1 - 4.KK
Kad. Frenl Anton
bestimmt sich bei

Waffenplatz, Anlage-Seite Girtel
Alserstrasse.

a 1) SS Kad Steiner
Stellv. Otto
Staat: 1. Bes. Kad
1 stellv. Unterabt.
Mit offener Anzahl
Genossen ohne Bewaffnung

6.15 Uhr nach von E. m. d. Platz
Stufenplatz über xxm. Anst. 1990
Kochsteing. Hellingberg. Steiner.
Geblog. Anlage - Seite Girtel
Alserstrasse.

ab/A Kad Stellvert.,
des Gen. Frenl
Staat: 1 Kad
3 Unterabt. Kad
Offene Anzahl Genossen
Ohne Bewaffnung

6.25 Uhr von Sammelplatz über
Kochsteing. bis 60 m Distanz
von der Alserstrasse.

Zusammen: 1 Kreis, 2 Bezirks Kom.
3 Unterabteilungen, Staat.
und offene Anzahl Genossen
ohne Bewaffnung.

3.) Trennungslinie des Befehlsbereiches die bezogene Situation.

4.) Der Stab des 2. Abschnittes
bezieht gegenüber dem Eingang
in der Zentrale der K.P.D.
Stellung. Maßnahmen dorthin

Wien, 21. I. 1933, 10.33 vormittags

Für die Anfertigung
P e l z Ludwig

Für das Beamtentafelchen
P e l z Ludwig

P e l z Ludwig

an die Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Werte Genossen !

Nachfolgend übersenden wir Euch einen Bericht über den Parteitag der K.P.Ö.

A Die sachlichen Differenzen.

=====

auf dem Parteitag

I. Ein Teil der sachlichen Differenzen wurde liquidiert - wenigstens scheinbar - indem sich die ehemalige Parteivorstandsminderheit in Worten auf die Linie der ehemaligen Parteivorstandsmehrheit gestellt hat.

II. Nicht liquidierte sachliche Differenzen:

a) Die illegale Frage: Diese wurde auf dem Parteitag überhaupt nicht behandelt.

Die Differenzen auf diesem Gebiete sind folgende:

1.) Organisation eines militärischen Kurses ohne Vollmacht des Parteivorstandes, ja auch nur des Präsidiums.

2.) Überschreitung der Kompetenzen durch den Leiter der illegalen Arbeit.

3.) Organisation einer von der Parteiorganisation isolierten illegalen Organisation.

4.) Erschütterung des Parteigefüges durch Enttarnung von Parteifunktionären für die illegale Arbeit ohne Wissen des Parteivorstandes.

5.) Vollkommene Ausschaltung des Parteivorstandes von jeder Ingerenz auf die illegale Arbeit überhaupt. - Diese Differenzen sind Euch schon bekannt aus dem Bericht, den die ehemalige Parteivorstandsmehrheit am 2.II.1925 an die Komintern gesendet hat.

Noch nicht bekannt ist Euch die Tatsache, dass die ganze illegale Organisation nicht zum Kampf gegen die Bourgeoisie und Sozialdemokratie bestimmt war, sondern ausschliesslich zum Kampf gegen die (ehemalige) Parteivorstandsmehrheit, also als Fraktionswerkzeug im Parteikonflikt diente.

Die J.O. wurde missbraucht zur Terrorisierung der eigenen Parteimitglieder anlässlich der Wahl der Delegierten, so/n.B. im 16.u.17.Bezirk die auf unserer Linie stehenden tschechischen Genossen durch Terror und Wahlrecht gebrochen, so wurden im 10.Bezirk durch den Aufmarsch und den Terror der J.O. uns zwei Mandate entzogen.

Die J.O. wurde aber auch missbraucht zur Terrorisierung des Parteivorstandes, anlässlich einer P.V. Sitzung am 2.II. wurden die Lokalitäten der Parteizentrale von der J.O. besetzt. Beabsichtigt war, vom P.V. gewisse Beschlüsse zu erzwingen, der letzte Akt dieser Terroraktion ist dann doch unterblieben, aber die Besetzung der Lokalitäten der Parteizentrale ist erfolgt. Der Zweck

wurden

gent übrigen ziemlich deutlich aus folgenden Dokumenten hervor, die wir in Kopie beilegen. (Beilage A) (Nebenbei: Die Polizei war von den Absichten der J.O. so gut unterrichtet, dass ~~am~~ 2. II. nachmittags in der Umgebung der Parteizentrale etwa 50 Polizisten und Geheimagenten postiert waren, offenbar um die Entwicklung der Dinge abzuwarten.

b) Nicht liquidiert sind gewisse putschistische Tendenzen, insbesondere die ~~Einigung~~ Neigung zu Flankenstößen.

B Die persönlichen Differenzen .

=====

Nicht liquidiert sind die persönlichen Differenzen in Bezug auf den Gen. Tomann.

C Die Zusammensetzung der zentralen

=====

Körperschaften

=====

Im P.V. der aus 11 Mitgliedern besteht, ist die Parteitagsminderheit durch zwei Genossen vertreten. (Friedländer und Richter). Die Mehrheit hat es der Minderheit nicht überlassen die Personen vorzuschlagen, sondern hat sich um den Willen der Minderheit überhaupt nicht gekümmert.

In der Reichsvertretung, die aus 16 Mitgliedern besteht, ist die Minderheit durch einen einzigen (!) Genossen vertreten: Schönfelder, der aber dieser Tage nach Frankreich ausgewandert ist, so dass die Parteitagsminderheit in der Reichsvertretung überhaupt nicht vertreten ist.

In der Reichsrevisionskommission, die aus 10 Mitgliedern besteht, ist die Parteitagsminderheit durch zwei Genossen vertreten (Nechvatat und Tuttinger).

Wie bei der personellen Zusammensetzung der zentralen Parteikörperschaften vorgegangen wurde, zeigt der Fall Geissler. Geissler ist seit langen Monaten überhaupt nicht tätig gewesen und hat das in einer Mitgliederversammlung in Floridedorf selbst festgestellt und gesagt, er weiss nicht, wieso man ihn hat wählen können, und es werfe ein eigenartliches Licht auf die Parteitagsmehrheit, dass sie einen so unaktiven Genossen, noch dazu ohne dessen Wissen, in die Reichsvertretung wählen konnte. Das Vertretungsverhältnis in den Parteikörperschaften ist also:

11 (2); 16 (0); 10 (2)

D Wie ist das wahre Kräfteverhältnis ?

=====

- 1.) Hinter den 16 Delegierten, welche die Parteitagsminderheit bildeten, standen 2.700 Mitglieder.
- 2.) Durch die Entscheidung der Parteitagsmehrheit wurden der Minderheit 4 Mandate einfach geraubt. Hinter diesen 4 Delegierten standen 500 Mitglieder.
- 3.) Durch Vergewaltigung mittels der J.O. und sonstigen Vergewaltigungen wurden uns 2 (wenn nicht 3) Mandate geraubt,

hinter denen mindestens 400 Mitglieder standen.

4.) Durch List, indes sich nachlich anhangen die anderen Richtung bedeutet als Anhänger unserer Richtung Ausgaben, wurden wir um 3 Mandatgedächts, hinter denen 500 Mitglieder standen, die unserer Richtung angehöhen.

5.) Hinter uns stehen aber noch ausserdem:

a) Die gesamten tschechischen Gewerkschaften. Diese zahl zusammen 1.200, davon sind 600 schon oben mitgezählt, verbleiben also hier weitere 600.

b) Darüber hinaus haben wir noch in vielen Bezirken Minderheiten, z.B. Wien 2, 3, 13, Steyr in Oberösterreich, Fischland usw. Schweden steht fast ganz hinter uns. Diese Minderheiten zählen wir nicht mit.

Wieso stand und steht die grosse Mehrheit der kommunistischen Soldaten auf unserer Seite. Tief gegriffen also, hatten wir mindestens 8.000 Mitglieder hinter uns. (Heute ist diese Zahl im Wachsen!). Da die ausgewiesene Gesamtmitgliederszahl 11.600 beträgt, so steht das Kräfteverhältnis in der Mitgliedschaft zur Zeit des Parteitagess 12.000 : 8.600. Das gegenüber steht ein Stimmverhältnis von 12 : 02. Aus dieser Diskrepanz kann man schon entnehmen, mit welchen Mitteln die von der ehemaligen P.V. Minderheit und durch der Parteitagewerheit gezeichnet worden ist.

6) Durch welche Mittel wurde das unter ~~.....~~ Kräfteverhältnis verschoben? ~~.....~~

1.) Organisation einer Fraktion durch die P.V. Minderheit. In der von der Partei organisierte sich die P.V. Minderheit zu einer Fraktion. Die P.V. Minderheit konstituierte sich am 2. Oktober in einer P.V. Sitzung in Gegenwart des Vertrauensmannes der Kommunistischen Internationale, des Gen. Albert, als Fraktion.

Am 11. Oktober hielt diese Fraktion unter Einwirkung verschiedener anderer Gewerkschaften eine vertrauliche Konferenz in der beschlossen wurde: Die Liste des künftigen P.V. und die weitere Kampagne gegen die M.V. Mehrheit; es wurde beschlossen, der Kampagne das Ziel zu geben „Frey zu vernichten“. Und beschlossen wurde die es zeigte, dass sie nur persönliche Zwecke verfolgen, diese von Laute hatten zum die stime zu behaupten: Frey verfolgte persönliche Zwecke und konstruiert diese nachträgliche und ideologische Verdrehungen.

In die Provinz wurde ein besonders vertrauenswürdiger Freund Tomcin - Kottischer oder ein Original geschickt, das von den Verantwortlichen Organen, insbesondere Frey strebt. Ein Originalzirkular ist in unsern Händen. Es ist von Tomcin abgefasst an den Landessekretär von Niederösterreich, Maxson. Def. In mit ist in der Sache von Kottischerer stillverte. ~~.....~~

in die Provinz geschickt = Frey

~~.....~~
#

Der internationale Vertreter hat ausserdem darauf aufmerksam gemacht, dass der letzte, knapp vor dem Parteitag eingetroffene Brief der Komintern parteivorstandsintern sei, also am Parteitag nicht benutzt werden dürfe, nichts desto weniger hat Tomann diesen parteivorstandsinternen Brief der Komintern dennoch auf dem Parteitage benutzt und Stellen daraus verlesen als Angriffswaffe gegen Frey.

3.) Die Geschäftsordnung auf dem Parteitage wurde von Tomann, Koritschoner, Riess in einer Weise gebraucht, die jeder Beschreibung spottet. Zum Beispiel: Als die Mandatsprüfungskommission den Raub der vier Mandate beantragte, da verlangte einer unserer Delegierten das Wort dazu, Das wurde ihm verweigert. Dagegen wurde einem Zuhörer, der der Gegenseite angehörte, ohne weiters das Wort erteilt. Die Redner der Minderheit wurden nach Belieben um das Wort gebracht. Es war eine Vergewaltigung in allen möglichen Formen. So darf unter Kommunisten nicht gehandelt werden.

Die Organisierung der Fraktion und die von der Minderheit plammässig angewendete Nachtopftaktik, der Bruch aller vor dem internationalen Vertreter getroffenen Vereinbarungen, die brutale Vergewaltigung der Minderheit mittels der unerhörten Handhabung der Geschäftsordnung, alle diese Dinge haben einen ausserordentlich tiefen Stachel hinterlassen, nicht nur bei den Delegierten der Parteitagminderheit, sondern auch bei hunderten von Zuhörern und durch sie bei einer grossen Masse der Mitgliedschaft.

4) Über Wunsch des internationalen Vertreters, was die P.V. Mehrheit genötigt, jene Absätze der Resolution über die Taktik worin die politischen, taktischen und organisatorischen Differenzen ausgearbeitet waren und die Gegenresolution zur Gewerkschaftsfrage zurückzuziehen. So war uns die Möglichkeit genommen, in Form einer Debatte, in welcher an der Hand von unseren Anträgen die sachlichen Meinungsverschiedenheiten klar ausgearbeitet worden wären, zu beweisen, dass und welche sachlichen Gegensätze vorhanden sind und damit auch die Auffassung zu entkräften, die da behauptet hat, es gäbe keine sachlichen Gegensätze, es seien nur persönliche Gegensätze für die nachträglichem Ideologien künstlich konstruiert worden. *worden sein.*

5) An allerentscheidendsten zu unseren Ungunsten wurde das Kräfteverhältnis beeinflusst durch die Briefe der Komintern. All die hundert Nachtopfe die die Fraktion Tomann-Koritschoner über uns ausgeschüttet, hätten ihr gar nichts genützt. Erst dadurch, dass sich die Komintern auf ihre Seite gestellt hat, bekam die Fraktion Tomann-Koritschoner das moralische Fundament und zugleich den Mut, jedes, aber auch jedes Mittel im Parteikonflikt anzuwenden.

Wir anerkennen selbstverständlich die Entscheidung der Komintern in allen Bragan Fällen, auch dann, wenn sie gegen uns ausgefallen sein ist. Aber wir gestehen offen, dass wir noch heute nicht begreifen können, wieso die Komintern zu dieser Stellungnahme, zu dieser Entscheidung kommen konnte.

F.) Die Angelegenheit Forst und Tober

=====

+ Briefhoffman

- Jänner 1919 und 1920

Forst, wurde vor einigen Monaten aus der Partei ausgeschlossen, weil er wiederholt und zwar in vollkommen Ruhe und bei voller Besinnung, damit gedroht hat, er werde die Angelegenheiten der Partei in der „Arbeiter Zeitung“ veröffentlichen.

Briefhoffman mit Kitta 1921 und im Jänner 1922

Tober, wurde vor einigen Monaten aus der Partei ausgeschlossen, weil er sich als Reichskassier durch mehr als 48 Stunden geweigert hat, dem Parteivorstand Kassa, Kassabücher und Kassabelege vorzulegen.

Auf dem Parteitag versuchte die Parteitagsmehrheit diese Ausschlüsse aufzuheben und die beiden oben Genannten wieder in die Partei aufzunehmen.

Gen. Frey stellte darauf ~~zwei~~ folgende ^{zwei} prinzipielle Anträge:

- 1.) Ein Kommunist, der damit droht, dass er Angelegenheiten der Partei in einer gegnerischen Zeitung veröffentlichten wird, ist aus der Partei auszuschliessen.
- 2.) Ein Kassier, der sich weigert, Kassa, Kassabücher und Kassabelege dem Lokalausschuss, bezw. der Landesleitung, bezw. dem Parteivorstand vorzulegen, ist aus der Partei auszuschliessen.

Die Parteitagsmehrheit zeigte sich entschlossen, diese prinzipiellen Anträge abzulehnen, auch die nächsten Freunde Koritschoners sprachen gegen die Annahme dieser Anträge (!), es bedurfte erst des Eingreifens des internationalen Vertreters Emiochin, um die Annahme der Anträge herbeizuführen.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Kommintern auf diese Fälle, insbesondere auf den Fall Tober. Eine genaue Prüfung der Akten der Toberangelegenheit durch die Kommintern würde zeigen, dass Tomann in dieser Angelegenheit mit schwerem Verdachte belastet ist.

Die Tatsache, dass die Parteitagsmehrheit jene zwei prinzipiellen Anträge ablehnen wollte und dass es erst des Eingreifens des internationalen Vertreters bedurfte um die Annahme herbeizuführen, wirft ein eigenartiges Licht, wenigstens auf einen Teil der Delegierten der Parteitagsmehrheit, nämlich in Bezug auf ihre Auffassung über die Reinheit einer kommunistischen Partei.

G.) Die Parteitagsmehrheit
=====

Folgende Auffassungen sind für die Parteitagsmehrheit charakteristisch:

- 1.)

Am 23./3. gibt der LEITARTIKEL der R.F. wieder die Lösung aus „Angleichung der Löhne an die Teuerung“

In derselben Nummer erscheint in der Gewerkschafts-
rubrik ein Spitzenartikel, worin die Angleichung nach
dem Index (die man drei Tage vorher gefordert hat) ver-
worfen und allgemein 15% Erhöhung der Löhne gefordert
wird. (Nachdem vorher schon der führende reformisti-
sche Metallarbeiterverband öffentlich bekanntgegeben
hatte, dass er bei den kommenden Lohnverhandlungen
15% Lohnerhöhung fordern wird.)

b) In gewerkschaftlicher Beziehung: Zeigt

=====
sich auf politischem Gebiet wenigstens ein gewisser
Drang nach Aktivität, so ist der P.V. auf gewerk-
schaftlichem Gebiete vollkommen passiv: *binja Mitglied*

1.) Am 17./3. berichtet die Arbeiter Zeitung
Bei der Wahl in der Ortsgruppe der mechanischen
Schuhmacher erhielten die Kommunisten nur die ver-
schwindende Minderheit von 40 Stimmen, in der Ortsgrup-
pe der Oberteilmacher haben sie keine Kandidatenliste
eingebracht und erhielten nicht eine einzige Stimme.

Nun muss man wissen, dass wir unter den
Schuhmachern sehr starken Anhang haben. Der P.V., der
Gewerkschaftsrat hat gar nichts veranlasst, der Schuh-
macherblock hat geschlafen.

2.) Am 17./3. berichtet die R.F. über Ver-
tragsverhandlungen in der Textilindustrie. Von einer
rechtzeitigen Stellungnahme des Gewerkschaftsrates
keine Spur, von einem eingreifen keine Spur. Später,
am 23./3. schreibt die R.F. im Aufruf, man müsse
„darauf achten, dass nicht wie bei den ~~Ver-~~
ein faules Kompromiss geschlossen wird“. Es ist wirk-
lich ersteinlich, dass die Arbeiter Zeitung bisher nie
nichts davon geschrieben hat, dass doch in dem Lohn-
komitee der Textilarbeiter, das dieses faule Kompromis
abgeschlossen hat, der Kommunist Glass (vom Gewerk-
schaftsrat der oppositionellen Blocks) und der Kom-
munist Moritz Meyer (Mitglied der kommunistischen
Partei Vorstandes) sitzen, eine Tatsache, die in Krei-
se der R.F. tatsächlich nur sehr wenigen Genossen be-
kannt ist.

3.) Am 20./3. teilt die Arbeiter Zeitung mit,
dass der Metallarbeiterverband bei den am 20./3.
beginnenden neuen Lohnverhandlungen 15% Lohnerhöhung
verlangen wird. Tags darauf teilt dies die R.F. mit.
Warum hat der P.V., warum hat der Gewerkschaftsrat,
warum hat der Metallarbeiterblock hier nicht rechtzei-
tig eingegriffen? Sie wussten doch, dass am 20./3.
neue Lohnverhandlungen in der Metallindustrie beginne
War es da nicht ihre Pflicht rechtzeitig den Metall-
arbeiterblock zusammen zu rufen, rechtzeitig Stellung
zu nehmen? Wenn ^{zu} dieser konkreten Frage recht-
zeitig ~~eingegriffen~~ die Lösung aufgestellt hätten
„Angleichung der Löhne an die Teuerung“, so hätte die

+ Textilarbeiter

Metallarbeiterschaft klar gesehen, dass der Metall-
 arbeiterverband unter unserem Drucke handle und wir
 hätten das für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung
 ausnutzen können. So aber blieb die Initiative ganz
 in der Hand der Reformisten und uns bleibt nur mehr
 die Plattform, die 15% gegen den Plan eines Kompromisses
 zu niedrigeren Bedingungen zu verteidigen. *Im Falle*
Wieder eine die Unmöglichkeit einer einmütigen
und eine nicht ausschließen der, Unmöglichkeit
unmöglichkeitsverhältnisse, aber das die Unmöglichkeit
was die nicht nicht ausschließen

+

4.) Im Baugewerbe haben wir einen verhältnis-
 mäßig starken Einfluss. Am 21./3. berichtet die R.P.
 über die vom reformistischen Bauarbeiterverband ge-
 führten Lohnverhandlungen im Baugewerbe und gibt das
 Resultat der Lohnverhandlungen einfach bekannt. Als
 ob wir keine oppositionelle Gewerkschaftsbewegung hät-
 ten, von einer rechtmässigen Stellungnahme des Bauar-
 beiterblocks keine Spur.

5.) Ähnlich am 22./3. bei den Verhandlungen
 über die gleitende Zulage in der chemischen Industrie.
 So kumpeln wir überall den Dingen nach und nachhin-
 kend bringen wir dann irgend eine Kritik (manchmal
 auch die nicht), die natürlich, weil sie nur den Dingen
 nachhinkt, keinen Einfluss ausüben kann. Diese passive
 Einstellung des Gewerkschaftsbewegens ist die Hauptursache
 warum wir gewerkschaftlich nicht vorwärtskommen. *T*

Nur auf einem Gebiete haben es die Genossen
 vorläufig geschafft, die Gewerkschaftsfraktionen zu
 mobilisieren, als Sturmbock gegen den alten
P.V. Wessling. Nun ist das Ziel erreicht „Frei *sein*
 vernichtet“ und nun schläft die oppositionelle Gewerk-
 schaftsbewegung in einen gerechten Schlaf und verzapft
 nachhinkend ihre Kritik an der Taktik der reformisti-
 schen Gewerkschaften, womit sie, da sie nur nachhinkt,
 keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken kann.

7/6.

c) in organisatorischer Beziehung :

1.) Der neue Parteivorstand hat alle Genossen,
 die auf Seite der Parteitagewinderheit standen aus dem Par-
 teiapparat glatt entfernt. Nur Prädler und Fabri wu-
 in Parteidienst gelassen, aber praktisch vollkommen aus-
geschaltet.

2.) Ja, die neuen Diktatoren gehen sogar so
 weit, alle Genossen die auf Seite der Parteitagewin-
 derheit gestanden sind, von Referieren überhaupt aus-
 zuschließen.

Stattdessen Referenten, die auf der Linie der
 alten Parteivorstandsmehrheit standen, werden nun plen-
mäßig übergangen. Selbst dann, wenn die Organisationen
 sie als Referenten verlangen, werden sie verweigert.
 Von ihnen Angebot, sich als Referenten zur Verfügung zu
 stellen, wird kein Gebrauch gemacht. Zu Referentenbe-
 spruchungen werden nur solche Genossen eingeladen, die
 vor dem Parteitag auf Seite der P.V.-Minderheit gestanden
 sind.

Wichtigen

3.) Eine ganze Reihe von Funktionen, die auf dem Parteitag als Delegierte auf Seite der P.V.-Mehrheit standen, wurden aus nichtigen Gründen pausiert: Der Commissar von Margareten, Gen. Schmidt wurde suspendiert, Gen. Daniel aus Graz, die Genossen Pachlerer, Mithias, Wernbacher und die Genossen Verovsek wurden in Untersuchung gezogen.

aus dem

4.) In der H.F. ist vollkommene Parteilichkeit eingelassen.

a) Die Einberufung eines Bildungsabenteuers der Lehrorganisation Heiding wurde verweigert, weil als Vortragender der Gen. Frey angekündigt war.

b) Beim Bericht über die am 18./19. stattgefundene Massenversammlung der Jugend und der Soldaten, wurde kein ein mehrheitlicher Bericht über die Rede des Sprechers der Partei Tomann gegeben, eser kein Bericht über die Rede des Jugendvertreters Hexmann, der Vorsitzende Schlies wurde nicht genannt, die Rede des Soldatenvertreters Gruber wurde nicht gelesen und nicht einmal sein Name genannt.

c) Der Bericht über den Parteitag verschweigt nicht nur von der Debatte nicht nur die schönsten Dinge (das war richtig) sondern auch vollkommen schönste und schönste Genossen.

d) Über den Jugendkongress auf der die Se- grüßung, er berichtet, nichts von den Beschlüssen, nichts von der Debatte, nichts von, wer in die de- zentral gewählt wurde.

Hier zeigt sich eine parteiliche Führung der H.F. Die Jugend war auf dem Parteitag auf Seite der P.V.-Mehrheit, schön wurde es vor der neuen Parteilichkeit jetzt vollkommen exzentriert.

5.) Korrespondenzen und Tagungen haben die Funktionen wie folgt unter sich verteilt:

Korrespondenz: Vorsitzender der Partei,
Vorsitzender des Büros,
Chiffresekretär, / neues
Kommintern Vertreter Internationales
Illegales.

Tagung: Vorsitzender der Partei,
Vorsitzender des Büros,
Leiter der Gewerkschaftsteilung
Profintern Internationales.

Das ist eine Verdrängung von Funktionen in zwei Richtungen, eine Antikonzentrierung, die sie in der Partei noch nie da gegeben ist.

Überblickt man die Teiligkeit der neuen Zentrale seit 8./9. so zeigt sich:

Unsicherheit, Unklarheit, Unfähigkeit in politi-
schon Beziehung, Passivität, Unsicherheit und Unfä-
higkeit in gewerkschaftlicher Beziehung, und auf der

anderer Seite die skrupellose Anwendung organi-
satorischer Mittel, Anwendung brutaler Mittel, und
Methoden die durch gar nichts gerechtfertigt sind, womit der

neue Parteivorstand versucht, die gegen ihn gewach-
sende Bewegung im Keim zu ersticken.

Wir sagen: gewachsende Bewegung; denn immer
klarer sehen bereits Schichten der Mitgliedschaft,
dass der neue P.V. nur Mittel und Methoden, wie
sie unter Kommunisten nicht angewendet werden dür-
fen, sein Dasein verdankt und andererseits, dass
die Tätigkeit des neuen P.V. nichts anderes ist als
der Versuch durch Brutalität der Mittel und Methoden
seine politische und gewerkschaftliche Unfähigkeit
zu verdecken.

Diese Vergewaltigungsmethoden steigern die Er-
bitterung in der Partei. ~~Man~~ Das ist umso
gefährlicher, als Teaman und Keritschoner zweifel-
los entschlossen sind vor keinem Mittel zurückzu-
schrecken, um das neue (unhaltbare) System zu halten.

Da möglich ist, wie sich Teaman und Keritscho-
ner in ihren Berichten an die Exekutive darauf be-
rufen, dass wir ihnen irgend welche Schwierigkeiten
machen, so stellen wir fest, das dann nicht ein
Wort wahr ist, sondern dass wir die Partei weiter
für die Partei weiter arbeiten. So z.B. ist Gen.
Proy jetzt im Lokales Organ der Lokalarorganisation
Meidling als Bildungsreferent tätig, und es ist
nicht seine Schuld, wenn der Parteivorstand ihn
nicht einmal als Referent zulässt.

Unter solchen Umständen ist die Zukunft der
Parteiernstlich gefährdet, wenn nicht die Komintern
rechtzeitig eingreift..

Mit kommunistischem Gruss

Paul Friedländer

Proy

Protest gegen die
personelle Zusammen-
stellung des gegen uns
eingesetzten Parteige-
richtes.

Wien, den 26. März 1923.

An den

Partei Vorstand der K.P.Os.

Werte Genossen

Die von uns verlangte parteigerichtliche Untersuchung
in Angelegenheit Dr. Julius Deutsch wurde dem vor dem Partei-
tag funktionierenden Parteigericht zugewiesen. Vor Kurzem
erhielten wir nun durch den Gen. Gröndle die Verständigung, der
Partei Vorstand habe ein neues Parteigericht eingesetzt, zu
dem von ihm 5 Genossen nominiert wurden und zu welchem wir
unsererseits 2 andere nachhaft machen sollen.

Wir sehen uns ausserstande für dieses Parteigericht
unserer zwei Vertreter zu nominieren und zwar aus folgenden
Gründen:

Die persönliche Zusammenstellung dieses Parteigericht-
tes zeigt deutlich, dass der P.B. bei der Auswahl der Mitglie-

der desselben jede Objektivität ausseracht gelassen hat, indem er vorwiegend solche Genossen ausgewählt hat, die durch ihre zuchtbar zur Schau getragene fraktionelle Einstellung gegen uns auch bei Zuhilfenahme ihres besten Willens von vornherein nicht die Gewähr einer genügenden Objektivität bieten können.

Wir hielten es für schädlich, dem dadurch entgegenzutreten, dass wir etwa unzererereits solche Genossen vorschlugen, die ebenso von vornherein für uns voreingenommen wären., da auf diese Art eine endgiltige Klärung auf der wir unbedingt bestehen müssen, nicht herbeigeführt werden würde.

Aus diesem Grunde und uneomehr, weil Mitglieder des P.V. selbst in diese Sache verwickelt sind, schlagen wir vor, ein Parteigericht aus ausschliesslich internationalen Genossen, deren es ja in Wien genügend gibt, einzusetzen.
Gleichzeitig übergeben wir einen gleichlautenden Brief zu informativen Zwecken dem hiesigen Vertreter der Komintern.
Mit Parteigruss:

... der ...

... den Parteivorstand der Kom. Partei ...

... den Parteivorstand der Kom. Partei ...

... die Partei ...

Ja unserer letzten Mitgliederversammlung

wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 30. März 1923 in Papiers Gasthaus in Wien,

V., Kohlgrasse 4 tagende außerordentliche Mitgliederversammlung der Lokale
organisation Margarethen nimmt zum Schreiben des Parteivorstandes
v. H. wie folgt Stellung.

1) Die am 12. v. M. stattgenommene Obmannkonferenz

hatte 2 Punkte auf der Tagesordnung und zwar:

a) die Aktion

b) Eventuelle

Nach Abschluss der Debatte über Punkt 1 also Punkt 2 hat Herr Schauer

Schauer das Wort ergriffen. Die Behauptung des P. V. G. Schauer

„zur Besprechung der technischen Erledigung inmitten einer Aktion

Aktion gestört“ ist also unrichtig.

2) Zum Punkte 2 der Tagesordnung hatte G. Schauer

Kritik geübt an der Entlassung des G. Stern und der Anstellung des G. Spitz

und in diesem Zusammenhang ist er auch zu sprechen gekommen provoziert

durch Zwischenrufe - auf die Verschärfung im Jahre 1919 mit der K.P.

Das Recht zur Kritik hatte G. Schauer und niemand darf ihm dieses Recht

nehmen ohne auf das schwerste die Rechte der Mitglieder, der Funktionäre

und der Lokalorganisation zu beschneiden. Es mag sein, dass die Kritik

des G. Schauer in irgendeiner Einzelheit vielleicht unrichtig war, es wird

schließlich das Partei - Gericht prüfen. Wir, die Vollversammlung von

Margarethen, die wir den G. Schauer seit langen Jahren kennen, wissen auf

das Allerbestimmteste, dass Geh. Schauer das sagt, wovon er überzeugt ist,

das es ^{schon} war ist. Hat G. Schauer in irgend einer Einzelheit etwas unrichtiges

gesagt, so geschah es vollkommen im guten Glauben und niemals in bewusster

oder gar schädigender Absicht.

Aber das ist hier nicht das Entscheidende. Wenn G

Schauer etwas unrichtiges gesagt hat so wird das Parteigericht, aber dessen

volkommen objektive Zusammensetzung die Lokalorganisation Margarethen

scharfsinnig wachen wird, die Sachlage ^{zu} prüfen haben, Wir nehmen daher die

Einleitung des parteigerichtlichen Verfahrens zur Kenntnis.

Vorstand in diesem Falle die Suspendierung des G. Schauer von seiner Funktion als Obmann aussprechen dürfte. Wenn suspendiert man einen Funktionär wenn der Verdacht besteht, die Partei geschädigt zu haben. Nichts der gleichen liegt gegen den G. Schauer vor. Wir erinnern daran, daß sogar Tober, der unter allerschwerstem Verdacht stand nicht suspendiert wurde.

Die Behauptung des P. V. G. Schauer hätte irgend einen Beschluss des Partei-Tages verletzt, ist unrichtig. Wir ersuchen den Partei-Vorstand uns ganz konkret den Parteitagbeschluss zu nennen, der angeblich verletzt wurde. Durch sein Vorgehen gegen G. Schauer beweist der P.V. selbst, daß die Auffassung des Vertreters der Internationale, die Parteikrise sei beendet, leider ein Irrtum war. Die Suspendierung des G. Schauer ist eine offenkundiger Mißbrauch der Rechte, die dem P.V. zustehen. Die Suspendierung ist durch gar nichts gerechtfertigt und nicht anders als eine brutale Terrorisierung des G. Schauer, einzig und allein, weil er auf den Partei-Tag auf Seite der Minderheit gestanden ist. Alles andere ist nur Vorwand.

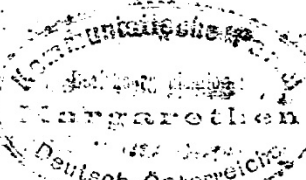
Die Lokalorganisation Margarethen fordert den P.V. auf, die durch nichts gerechtfertigte Suspendierung des G. Schauer zurückzuziehen und alle Terrorakte zu unterlassen, die geeignet sind, die in der Partei herrschende Erbitterung zu stillen.

Wien, am 3. April 1923.

Gut die Richtigkeit!

Obmann, Rufener, Georg

Mehrwahlrat Ladislav, Rudolf



Lupu, Peter

Wagner, Anton

Am die Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Werte Genossen !

1.) Ohne die Bedeutung der K.P. Österreichs für die kommunistische Internationale irgendwie zu überschätzen, erscheint es uns doch notwendig, dass alles getan wird, um die Entwicklung und Gesundung der österreichischen K.P. zu befördern, zumal sie die Aufgabe hat, die österreichische Sozialdemokratie, die relativ stärkste sozialdemokratische Partei Europas, weiterzutreiben, bzw. sich ihren Einfluss auf das österreichische Proletariat zugunsten des eigenen Einflusses immer mehr zurückzudrängen.

Die Briefe, die wir in den letzten Wochen an die Exekutive der Komintern gerichtet haben, dienen diesem Interesse. Wir wissen bisher nicht, ob und in welchem Sinne unsere Briefe von der Exekutive in Erwägung gezogen wurden. Wir weisen aber neuerlich darauf hin, wie notwendig ihre Behandlung ist, weil die Führung der österreichischen K.P. immer neue Fehler begeht und sich dabei auf die angebliche Sanktion der Exekutive der Komintern stets beruft.

Im nachstehenden weisen wir auf die in letzter Zeit zu Tage getretenen Fehler hin, die sehr ernster Natur sind und nicht nur charakteristisch sind für die konfuse Führung der Partei, für die trotz aller Kraft nur Schau gespielte Aktivität täuschliche Passivität der Partei, sondern was besonders in die Wagschale fällt charakteristisch sind, einerseits für die Abweichung von der Linie von der Komintern und den Rückfall in die Kinderkrankheiten à la K.A.P., andererseits für den opportunistischen beinahe reformistischen Zug auf gewerkschaftlichen Gebiete.

Dazu kommt

2.) Die politische und wirtschaftliche Lage in Österreich erfordert gebieterisch eine Abwehraktion des österreichischen Proletariats, dessen Stärke noch wie vor unerschrocken ist und das seinen Willen durchzusetzen vermag. Die Folgen der Genferkonvention, machen sich einerseits in Form der immer deutlicher werdenden politischen Reaktion, andererseits in Form der stets fortschreitenden wirtschaftlichen Verschlechterung für die Arbeiterklasse bemerkbar.

In dieser Situation, deren konkrete Erläuterung wir uns hier ersparen müssen, hat sogar die österreichische Sozialdemokratische Partei ihre Scheinopposition gegen die Pfaffenregierung, die zugleich eine Börsenregierung ist, verschärft. Es war und ist nun die Aufgabe der K.P.Ö., die politische Lösung, die im Interesse der österreichischen Arbeiterklasse liegt, aufzuzeigen, Ziel und Weg in klaren Parolen der Arbeiterschaft nahe zu bringen. Die Majorität des gegenwärtigen Parteivorstandes, unter Führung von Semann und Koritschoner, erfüllt diese entscheidend wichtige Aufgabe nicht, ja lehnt es sogar mit Bewusstsein ab, die Parolen und die Taktik der Kommunistischen Internationale, die für Österreich bei der gegebenen Lage besonders zutreffend sind, anzuwenden.

Die Österreichische Arbeiterschaft lehnt unter den gegenwärtigen Umständen in Österreich sowohl die Errichtung der Diktatur des Proletariats ab, als auch - wenigstens durch ihre durch Erfahrung gewitzigte Mehrheit - die Ausrufung einer bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierung. Die sozialdemokratischen Führer folgen der Arbeiterschaft aber immer wieder nur diesen beiden politischen Möglichkeiten, Diktatur oder Koalition. Dadurch bewirken sie, dass die Arbeiterschaft die Scheinopposition der Sozialdemokratie als einzige Möglichkeit mitzählen.

Welche Lösung muss unter diesen Umständen, angesichts der sich ständig verschlechternden Lage des österreichischen Proletariats, ausgedrückt werden? Offenbar eine dritte Lösung, welche die politische Lösung im Interesse der Arbeiterschaft bedeutet und von der österreichischen Sozialdemokratie mit vollem Bewusstsein verzichtet werden wird, die Lösung: Schaffung eines Massenkongresses bis zum Sturz der Seipel-Regierung und Errichtung einer Regierung von Proletariatsvertretern, welche die Forderungen des österreichischen Proletariats zu zwei Verordnungen setzt.

Die Majorität des Parteivorstandes hat im Gegensatz zum früheren P.V. diese Lösung, welche auf breite Massen des Proletariats in Österreich großen Eindruck macht, vollständig unter den Tisch fallen lassen. Als nun in der letzten P.V.-Sitzung, die am 6. April stattfand, und in der die Fortführung der Aktion für die Frankfurter Forderungen, sowohl im internationalen als auch nationalen Maßstab zur Erörterung stand, Gen. Friedländer die Aufnahme dieser wichtigen Lösung beantragte, wurde sie abgelehnt.

Gen. Koritschoner, der Vorsitzende des politischen Büros der Partei und Chefredakteur der N.N. sowie Gen. Tomann, erklärten sich gegen diese von der Majorität von ihnen sozialdemokratische Regierung betrifft, zur Ablehnung der gegebenen Lösung. Gen. Friedländer erklärte, die sozialdemokratische Defektion dieser Lösung gerade in Österreich. In Österreich gibt es Betriebsräte, die teilweise sogar branchenweise zusammengefasst sind. In Österreich gibt es Ortskommissionen des Proletariats (Stadtschätzerorganisationen), in verhältnismäßig großer Zahl, in denen Sozialdemokraten und Kommunisten vertreten sind. In Österreich gibt es eine Weidmacht, in welcher die Bauern fast durchwegs Klassenbewusste Proletariats sind. Alle diese Institutionen sind, vornehmlich in Österreich, baldigst, es ist also klar, dass unter diesen Umständen allein im Interesse der Aufrechtserhaltung und des Aufbaues all dieser proletarischen Institutionen, der Kampf um eine proletarische Regierung geführt werden sollte und also von der K.P.D. propagiert werden muss. Darin sprechen noch natürlich die wichtigsten wirtschaftlichen Gründe (Kampf gegen die ungeheuren Einkommensteuern, Zölle, Arbeitslosigkeit, Lohnherabsetzung, usw.). Gewiss wird diese Regierung von Proletariatsvertretern vorläufig eine sozialdemokratische sein, sie weiter zu treiben unsere Aufgabe sein würde.

Gen. Koritschoner aber und ihm folgen die Mitglieder der "Mehrheit des P.V.", lehnen die Parole der Arbeiterorganisation in Österreich ab, weil "die organisatorischen Voraussetzungen dafür noch nicht gegeben sind". Was diesen aktive Lage in Österreich betrifft, sind die Voraussetzungen für eine Arbeiterregierung stärker gegeben als anderswo, allerdings ist die K.P.D. hier besonders schwach, aber gerade die Parole der Arbeiterregierung, da sie in Österreich die einzige politische Lösung ist, könnte zur Stärkung der K.P.D.

Österreichs das meiste beitragen.

Die bewusste Ablehnung der wichtigsten Parole der Kommunistischen Internationale bedeutet eine bewusste schwer wiegende Abweichung von der Linie der Komintern und zwar in die Richtung des K.A.P. Konfessionismus. Es ist bemerkenswert, dass die Parole der Arbeiterrückgliederung auch in Reihen der Internationalen Parolen der Komintern vom Gen. Koritschoner, dem derzeit politischen „Kopf“ der K.P.O., ganz planmäßig eingeschoben wird.

Wir glauben wohl weniger als in diesem Punkte eine deutliche Stellungnahme der Exekutive der Komintern erwarten zu können.

3.) Im Zusammenhang damit, steht auch die Horize in die Unterkranzheiten der K. Partei zurückfallende Ablehnung von Taktikmaßnahmen. Durch Gen. Koritschoner, Gen. Koritschoner und die Horizen sind dabei so weit gegangen, die von mir vor drei Wochen beantragte Zuspitzung unserer politischen Kampagne auf den Kampf der Gesamtarbeiterschaft, um die Anpassung der Löhne an die gestiegenen Preise, was im Laufe der letzten Wochen infolge der Lohnverhandlungen und Lohnkämpfe in allen Branchen aktuell war, als Taktikmaßnahmen anzunehmen! Was von diesem Gesichtspunkt aus die angekündigte Union ist. Überdies, dass die K. Partei die Politik der Einheitsfront, die in und außer Österreich vorliegt, nicht vertritt, dass die Parteien die K. Partei und R. Partei in Österreich und dass die Partei niemals rechtzeitig in einer orientierten wirtschaftlichen oder politischen Situation zu klaren und eindeutigen Weisungen Stellung nimmt.

Damit ist zu sehen im Zusammenhang, dass Gen. Koritschoner, wenn er es auch mit Worten abzuschwächen sucht, die Parole der Einheitsfront nur von Worten und auch nur auf gewerkschaftlichem Gebiet (ähnlich wie seinerzeit die Genossen um Horize) versteht. Das ist die Einheitsfront, der sogenannte oppositionelle Block in Österreich. Auch dies geschieht bewusst und planmäßig.

Dieses Verhalten des Gen. Koritschoner (der hier von dem Genossen Landsky und auch Lukacs unterstützt zu sein scheint), nimmt nicht wunder, wenn man weiß, dass Gen. Koritschoner für die Konfessionisten wie Sylvia Rasmussen, Adolf Polst etc., besondere Sympathien hat, („Konkretes & Drecktrichter“) ist sein Lieblingssache und er ist jener eine entsprechende Taktik verfolgt hat. Er ist zwar so klug, es in Worten nicht recht wahr machen zu können, aber die Praxis beweist es. Für die K.P. Österreichs ist eine solche politische Leitung in hohem Masse unheilvoll. Auch hier ist ein klares Eingreifen der Exekutive notwendig.

Wir möchten Horize die Exekutive der Komintern aufmerksamer machen, dass er sich eine eigene Politik, z.B. für die Ablehnung der Arbeiterrückgliederung, ständig auf die Exekutive der K.I. bzw. „auf den internationalen Vertreter in Wien“ (Landsky) beruft, was ebenfalls eine bewusste Irreführung unserer Parteigenossen bedeutet. Auch den Stuss in Interesse der K.I. Einheitsfronten werden.

4.) Mit dieser Haltung der gegenwertigen Führung der K.Ö.Ü. auf politischem Gebiete, die tatsächlich zur vollkommenen Passivität und Unfreundlichkeit auf politischem Gebiete führt, verknüpft sich eine rechts-opportunistische deutliche Tendenz auf gewerkschaftlichem Gebiete, welche noch vielmehr als in politischer Hinsicht, den Unmut eines nicht geringen Teiles der Mitglieder der österreichischen K.P. hervorruft.

Wir könnten hier eine Fülle von Beispielen anführen. Wir verweisen zu diesem Zwecke insbesondere auf die Ausführungen, die in den ausführlichen Schreiben der Genossen Frey und Frießländer an die Exekutive angeführt sind.

rechtsitiges

Kein Eingreifen unserer führenden Gewerkschaftler, insbesondere unserer Gewerkschaftsteilnehmer, in den Lehmbauernstreik, klare Mitschuld an den faulen Kompromissen, welche geschaffen wurden. Das opportunistische Verhalten unserer Gewerkschaftler von Toman, Ketzlik, Riehs usw. wird von ihnen als klug, "klug" hingestellt. Natürlich wird bewirkt der Mangel an klarer Stellungnahme, an deutlichen Forderungen, an jedweder organisierten Kampagne nach innen und nach aussen, nur das eine, dass die breiten Massen der Arbeiter kein Vertrauen zur K.P. und zu den oppositionellen Gewerkschaftsblöcken fassen können. Der Mangel an Führung, den unsere verantwortlichen Gewerkschaftsleiter an den Tag legen, hat sich bereits bei der selbsttätigen Bildung des ausserhalb des Rahmens der Gewerkschaft stehenden Strassenbauernverbandes in Wien gezeigt, eine der Hauptursachen war der Mangel jedes planmässigen Kampfes für die Interessen der Strassenbauern im Rahmen der Gewerkschaft. Während aber, nachdem die Masse der Strassenbauern in einem gewissen kommunistisch geführten Verband zusammengefasst sind, fallen unsere führenden Gewerkschaftsführer von einem extrem links, wollen sie in Österreich wieder in den Hundst- und Trabspottschiffverband zurückbringen, wobei sie an denselben viel zu strenge Bedingungen stellen und Gefahr laufen zwischen zwei Stühlen zu sitzen, um die Masse der Strassenbauern, einen unserer wichtigsten Stützpunkte, zu verlieren.

Im Übrigen wird auch auf gewerkschaftlichem Gebiete notwendig wie auf politischem, ein klarer und scharfer Kampf gegen Faschisten, Kälte, gegen die Feudalregierung, die Wirt, seitdem die neue Parteileitung am Ruder ist, ist die Kampagne gegen die Bourgeoisie, die uns in Österreich bisher die meiste Erfolgserwartung bot, nie abgeschnitten.

Eine deutliche Stellungnahme der Exekutive gegenüber der opportunistischen Taktik unserer Gewerkschaftler ist darum notwendig. Wir betonen, dass wir selbst jedes Mass der Voricht auf gewerkschaftlichem Gebiete für notwendig halten, welches sich mit der Taktik des revolutionären Proletariats verträgt. Aber ein Mass der "Vorsicht", das die K.P. revolutionäre Gewerkschaftsbewegung zu faulen Kompromissen mitschuldig macht, wie es geschieht, ist verwerflich.

5.) Hand in Hand mit dieser sachlichen „Methode“ von Tomann und Koritschoner, geht weiterhin die Methode der Massregelungen, Mundtotmachungen, Ausschaltung der wohlwolltesten Kräfte der Partei, welche ihnen persönlich nicht passen. Wir könnten dafür eine Reihe von Beispielen anführen, wollen aber an dieser Stelle die Exekutive nicht mit Einzelheiten belästigen, die wir sonst bringen uns jederzeit uns anheischen machen.

Voripus möchten wir den Vorstand hinweisen, dass als politischer Reichssekretär allerdings Gen. Wertheim, der von östlicher Geisteskraft ist wie Koritschoner und von der Parteinitteltierheit am vorletzten Parteitage als für die Partei ungenügend ausgeschiedet wurde, eingesetzt wurde. Dies haben die Herren Koritschoner und Landler, der derzeit überhaupt eine starke Rolle bei der Parteiführung spielt, durchgesetzt. Es scheint uns dies nicht im Interesse der Führung der Partei auf kommunistischer Linie zu liegen.

Die sachlichen und die persönlichen Fehler von Tomann und Koritschoner, die sich zumierst, zeitiger natürlich in einer gross inner grösseren Reihe von Parteiliedern starker Mann.

Die sachlichen Einwände und die sachlichen Vorschläge, wie z.B. bezüglich Arbeiterorganisation und Einheitsfront in Österreich, werden mit einer unlaublichen Gleichgültigkeit und nonchalance unterlassen. Sie sind der Ansicht, dass die Exekutive die geforderten Maßnahmen unserer Partei darüber obliegen soll, dass rein politische Paragonen über die Frage der Arbeiterorganisation in Österreich und die gleichen, in ungenügender Weise Platz haben können und müssen. Dazwischen für Österreich keine sachliche Meinung, die anders ist als die Koritschoners und Tomanns, bei uns in breitem Masse gelassen werden. Die Menschen haben in den letzten Wochen noch nicht eine Vertretersammlung für auf der diese Fragen abgehandelt werden können, einberufen.

6.) Infolge dieser vielen schwer wiegenden die Linie der K.F. verletzten Fehler der neuen Parteiführung, ist die Parteiliquidation in Österreich kritischer als zuvor. Daher ist eine Zusammenarbeit mit der Exekutive unbedingt notwendig, damit die Entwicklung unserer Partei gefördert werden kann.

Wir schliessen daher vor, dass Vertreter beider Seiten (zueinander je zwei Vertreter) zur Exekutive, wenn möglich zur erweiterten Exekutive, zwecks Klärung der Differenzen berufen werden, *unter Vorbehalt auf Brief des 11/11/37*

Bei dieser Gelegenheit betonen wir, dass die bisherige ungenügende Mitarbeit der verschiedenen politischen Probleme (dazu gehört übrigens auch die Frage der illegalen Organisation) seitens der Exekutive, die Lage in der K.F.Ö. nur verschlechtert. Wir möchten bitten, dass der Referent für die Österreichische Frage sich durch keine die immer partielle subjektive Einstellung, sondern durch objektive Beurteilung der Sachlage leiten lässt.

Mit kommunistischen Grüssen

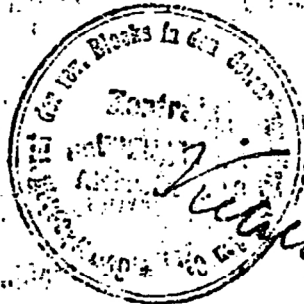
Direkte

Wien, den 12. April 1923,
Mittags.

Warter Gasse !

Laut uns zugegangenem Bericht, dass der Streik der Bergarbeiter von den Gewerkschaftsbürokraten bereits abgebrochen ist, haben wir an die Bergarbeiter Steiermarks Flugblätter herausgegeben. Von diesen Flugblättern haben wir Dir heute morgens einige Exemplare per Post zur Verteilung an die Bergarbeiter Deines Reviers zugesandt. Da nun der Streik durch die Empf-entschlossenheit der Bergarbeiter noch nicht zum Ende ist, können die an Dich gesandten Flugblätter auf keinen Fall zur Verteilung gebracht werden. Bitte daher dieselben verläufig bis zur Beendigung des Streiks zurückzuhalten.

Mit proletarischem Gruss:



Erklärung der Jugenddelegation zum Punkt Wahlen:

Bei der jetzigen Situation in der Partei, bei dem Stimmverhältnis auf dem Landesparteitag (15:21) ist die Jugenddelegation der Ansicht, dass die Wiener Landesleitung nach Ubersienkowsch progressiv-onell zusammengesetzt sein soll, wobei selbstverständlich die fähigsten Genossen herangezogen werden müssen.

Mir befinden uns hier in einer Linie, mit der Ansicht und den Gepflogenheiten der Kommunistischen Internationale, wie es bei ähnlichen Anlässen bereits zum Ausdruck gekommen ist.

Mir hoffen, dass der Landesparteitag die Wahl in diesem Sinne vornehmen wird um der Partei von vornherein die Möglichkeit zu guter sachlicher Arbeit zu geben.

Antrag Folmer

Der Landesparteitag hielt es für notwendig, falls in der gegenwärtigen Situation in der Propaganda für den Betriebsratkongress die Auseinandersetzung der Bedeutung der Arbeiterregierung sowohl in Partei als auch in Presse, als auch in Versammlungen vorbereitet werden muss.

Eventualantrag .

Der Landesparteitag hält es für notwendig, dass in der gegenwärtigen Situation die Propaganda für die Forderung der Arbeiterregierung sowohl ^{in der} für ~~die~~ Partei als auch in der Presse als auch in den Versammlungen aufgenommen werden muss.

Licht.

4/3 März 1934

Im Verlaufe der seit dem Parteitag verflissenen 5 Wochen haben sich folgende Vorfälle ereignet.

1. Ausschaltung von Gen. von Referieren ohne stichhaltigen Grund.

Eine ganze Reihe von Gen., die in der Partei als vorzügliche Referenten bekannt sind, so die Gen. Irat, Friedländer, Kari u. s. w. ~~wurden~~ durch den Parteivorstand von Referieren ferngehalten ~~wurden~~. Dies geschieht vollkommen planmässig ohne jeden stichhaltigen Grund in parteiisch durchaus parteischadigender Weise.

2. Parteiischer Missbrauch der "roten Fahne".

Im Bericht über den Parteitag wurde nicht nur der persönliche Teil der Debatte - das war richtig - sondern auch der rein sachliche Teil der Debatte einfach unterschlagen.

Im Berichte über die Massenkundgebung der Jugend und Soldaten, vom 11. März wurde wohl die Rede des Parteivorstandsvertreters ausführlich gebracht, dagegen wurde die Rede des Jugendvertreters Heilmann unterschlagen und nicht einmal sein Name genannt. Die Rede des Soldatenvertreters Brüber wurde unterschlagen und nicht einmal sein Name genannt. Auch der Name des Vorsitzenden der Kundgebung des Gen. Schlemm wurde verschwiegen.

Der Bericht über den Jugendkongress, der am 9. März abgehalten wurde, wurde unterschlagen. Nicht nur die Debatte auf dem Jugendkongress, sondern sogar die Beschlüsse, ja selbst das Resultat der Wahlen, die Zusammensetzung der Jugendzentrale wurde den Parteimitgliedern verweigert.

3. Missbrauch des Vetorechtes in statutenbrecherischer Weise.

Durch Anwendung des Vetorechtes hat Gen. Loman versucht, die Fraktion der kommunistischen Studenten zu zwingen von der Wahl des Gen. Ködler zum Vorsitzenden abzusehen, weil Gen. Ködler gegen Loman eingeteilt sei. Das ist ein aufgelegter Bruch der Statuten. Das Vetorecht ist nur zulässig gegenüber Beschlüssen, nicht aber gegenüber Wahlen, wenn dem Parteivorstand das Vetorecht gegenüber Wahlen zustünde, so wäre der demokratische Zentralismus ein Schwindel. Der demokratische Zentralismus besteht darin, dass die Instanzen der Partei mit grosser Autorität ausgestattet sind, dass sie aber durch freie Wahl der Mitglieder gebildet werden.

Es liegt aber noch ein weiterer Missbrauch des Vetorechtes vor. Als die Fraktion der kommunistischen Studenten ihren Vorstand ordnungsmässig gewählt hatte, hat der P. V. versucht der komm. Studentenfraktion den Gen. Rapp als ständigenbeauftragten mit Vetorecht aufzuzwingen. Das ist ein schwerer Verstoß gegen den Sinn und Zweck des Vetorechtes. Das Vetorecht ist ein Recht der Parteinstanzen, das nur für ganz ausserordentliche Fälle bestimmt ist und nicht ein Recht zum ständigen Gebrauch. Ferner: Wenn der Parteivorstand schon jeden mit dem Recht betraut, das Vetorecht auszuüben, so muss er Personen wählen, die in dem betreffenden Kreise über ein gewisses Ansehen verfügen, nicht aber wie im vorliegenden Falle einem Gen. von dem die überwältigende Mehrheit der komm. Studenten nicht das geringste wissen will.

In der Obmännerkonferenz am 12. März NÄNNEN hat Gen. Schauer der Obmann des 5. Bezirkes unter dem 2. Punkte der Tagesordnung (Eventuelles), nachdem der 1. Punkt Vorbereitung der Massenkundgebung für den 18. März vollkommene erledigt war und vor ihm und schon vier Redner: ZUÄÄÄ zum zweiten Punkt gesprochen haben, Kritik geübt an der ungerechtfertigten Massregelung des Gen. Stern, der als erfahrener Journalist - er ist jetzt Chefredakteur des deutschen Zentralorganes der Komm. Partei der Tschechoslovakei - aus dem Dienste der Partei entlassen worden ist, während an seiner Stelle Gen. Spitz angestellt wurde, der kaum ein Jahr in der Arbeiterbewegung steht und sich gegenüber Schauer, der kommunistisches Mitglied der Arbeiterkammer ist, geäußert hat, er sei nur dann bereit, über die Arbeiterkammersitzungen Berichte zu machen, wenn die Partei dafür zahle. Provoziert durch Gen. Tomann ist Gen. Schauer zu sprechen gekommen, auf Vorpänge bei der Vereinigung der Föderation revolutionärer Sozialisten mit der F.P.G. im Jahre 1919. Dabei sagte er, es seien damals einigen Gen. Parteistellungen versprochen worden. Deshalb nun wurde Gen. Schauer nicht nur vor ein Parteigericht gestellt, sondern außerdem noch seiner Funktion als Obmann der Lokalorganisation Margarethen enthoben, mit der Begründung, er habe durch seine Kritik die Vorbereitung der Aktion am 16. März gestört.

Diese Suspendierung bedeutet nichts anderes, als dass der Parteivorstand den Obmännern das Recht der Kritik in den Obmännerkonferenzen nehmen will. Das ist eine Einschränkung der statutarischen Rechte der Lokalobmänner und damit auch der Lokalorganisationen. Diese Suspendierung bedeutet aber auch, dass unter der gegenwärtigen Parteileitung jeder funktionär, der es auch nur im entferntesten wagt, ein Wort der Kritik auszusprechen, in der Gefahr steht, unter den wichtigsten Vorwürden suspendiert zu werden.

5. Linzer Deputation der Lokalorganisation Margarethen, die beim Gen. Tomann versprach, um eine Resolution der Mitgliederversammlung zu überreichen, hat Gen. Tomann erklärt: "Ihr könnt Resolutionen schicken so viel ihr wollt, sie werden nicht beachtet werden." Das ist eine Missachtung und Verhöhnung der Willensmeinung der Mitglieder einer ganzen Lokalorganisation.

6. Der Fall Pschierer und Lenosen.

Vier Mitglieder der Lokalorganisation Linz, und zwar deren Obmann Genosse Pschierer und deren funktionäre Maria Wernbacher und Genossin Vergeßack sind über Einladung der Lokalorganisation Lambach zu deren Mitgliederversammlung als Gäste erschienen und sind deshalb vom P. B. in vollkommene statutenwidriger Weise ihrer sämtlichen Funktionen enthoben worden.

Es ist das statutarische Recht jeder Lokalorganisation Mitglieder einer anderen Lokalorganisation als Gäste einladen zu dürfen, es ist das Recht jedes Parteimitgliedes auch den internen Veranstaltungen einer Lokalorganisation zuzuhören, ja sogar beratend teilzunehmen, wenn die betreffende Lokalorganisation ihm das gestattet. Die Suspendierung der vier Linzer Gen. ist ein schwerer Statutenbruch, eine schwere Verletzung der Rechte der Lokalorganisation Lambach und der Parteimitgliedsrechte der Gen. Pschierer, Maria Wernbacher und Vergeßack.

Wenn es wahr sein sollte, dass die Landesleitung Oberösterreich den vier Linzer Gen. untersagt habe an der Mit-

Schauer, Schauer, se fast!

Die Versammlung Lambach teilzunehmen obwohl die vier Gen. von der Lokalorganisation eingeladen worden sind, so hat die Landesleitung Oberösterreich ihr Befugnis in statutenwidriger Weise überschritten und muss vom P.V. zur Verantwortung gezogen werden. Der Fall der Linzer Gen. ist ein prinzipieller Fall. Es ist das Recht jedes Wiener Gen. an den Veranstaltungen einer Lokalorganisationals Gast sei es als Zuhörer, sei es beratend, teilzunehmen, wenn die betreffende Lokalorganisation ihm das gestattet. Das Recht, das ein Recht ist jeder Lokalorganisation und jedes Parteimitgliedes darf weder der P.V. noch die Landesleitung antasten. Dieses Recht bildet einen eigenen Bestandteil der Parteidemokratie. Solange nicht durch ein ausdrückliches Verbot im Parteistatut den Lokalorganisationen und Parteimitgliedern dieses Recht genommen wird, sind Suspendierungen wegen ~~WXXX~~ Ausübungen dieses Rechtes ein Bruch der Statuten.

7. Der Genosse Schauer wurde weil das parteigerichtliche Verfahren gegen ihn eingeleitet wurde vom Parteivorstand automatisch seiner Funktion suspendiert. Wir sind der Ansicht, dass die Einleitung des parteigerichtlichen Verfahrens nur dann die ~~WXXX~~ Suspendierung rechtfertigt, wenn gegen einen Gen. ein solcher Verdacht vorliegt, das mit Recht angenommen werden kann die weitere Ausübung irgend einer Funktion durch den betreffenden Genossen sei eine Gefahr fuer die Partei.

Wenn aber schon einmal Genosse Schauer suspendiert worden ist, einzig und allein aus dem formalen Grunde weil gegen ihn das parteigerichtliche Verfahren eingeleitet wurde, warum ist bis heute Genosse Polzer in allen möglichen Funktionen? Warum wurde er noch in den letzten Tagen zum Reichesekretärfür Organisation und zum Soldatensekretär ernannt, obwohl gegen ihn seit zwei Monaten ein parteigerichtliches Verfahren schwebt. Warum Gen.

~~Suspendierung gegen Genossen Schauer, das ja Suspendierung gegen P~~

Haidt in seiner Funktion gelassen, obwohl gegen ihn seit mehr als zwei Monaten ein Verfahren schwebt.

Suspendierung gegen Genossen Schauer, das ja! Gegen Polzer und Haidt, das nein! Das beweist, dass das Recht der Suspendierung vom gegenwärtigen P.V. in vollkommen parteischer und parteischädigender Weise missbraucht wird.

8. Eine Anzahl von Parteimitgliedern, darunter auch eine Anzahl von Mitgliedern des P.V. hat sich seit einiger Zeit die Methode zurechtgelegt, jenen tschechischen Genossen die manche Schritte des neuen P.V. kritische gegenüberstehen einfach als Nationalisten zu beschimpfen. Ein solches Vorgehen ist geeignet die tschechischen Genossen abzustossen, ihnen die Lust an der Parteiarbeit zu nehmen und so die Partei schwer zu schädigen. ~~WXXX~~
~~WXXXWXXXWXXX~~

9. Der P.V. hat vor 14 Tage ein Rundschreiben ausgeschickt, worin verfügt wird, dass alle Parteimitglieder sich dort organisieren müssen, wo sie wohnen. Dieses Rundschreiben ist vollkommen statutarisch. Unstatutarisch jedoch ist es, dass der P.V. dieses Rundschreiben parteisch anwendet. In der Drifteneu zum Beispiel wurden die Gen. ~~WXXX~~, ~~WXXX~~ Schönfelder, Genossin Koenig u. s. w. gezwungen den Bezirk, in dem sie seit mehr als drei Jahren arbeiten sofort zu verlassen und es wurde ihre Wahl in den Lokalausschuss vom Genossen Tomann verhindert. Dagegen ist der Gen Mayer noch heute Osman von Hernalds obwohl er in Ottakring wohnt, der Gen. Gruner noch heute im Lokalausschuss Hernalds obwohl er in Meidling wohnt, der Genosse Blum noch heute im Lokalausschuss Rudolfsheim, obwohl er in Ritzing wohnt.

Schäufelsberg, 10. Juni!

10. Zwei Mitglieder des gegenwärtigen Parteivorstandes haben solche Funktionen kumuliert, dass sie keine Funktion ausüben können, und dadurch die Partei schwer geschädigt wird. So hat der Gen. Kritischer folgende Funktionen kumuliert: Vorsitzender der Partei, Vorsitzender des Parteibüros, Chefredakteur internationaler Berichterstattung und Mitglied des Gewerkschaftsrates. Ausserdem hat er noch eine Reihe von Funktionen. Gen. Komann hat folgende Funktionen kumuliert: Vorsitzender der Partei, Vorsitzender des Organbüros, internationale Berichterstattung an die Profintern, Gewerkschaftssekretär, Mitglied des Gewerkschaftsrates.

11. Der Leiter der Administration Schliesinger hat den Vertrauensmann und Betriebsrat der Austräger, der pflichtgemäss im Auftrage der Kollegen bei ihm intervenierte, entlassen. Dadurch hat Schliesinger die gewerkschaftlichen Rechte der organisierten Austräger verletzt und den Gegnern der Partei und der revolutionären Gewerkschaftsbewegung eine gefährliche Angriffswaffe in die Hand gegeben.

12. Gleich nach dem Parteitag hat der neue P.V. fast sämtliche parteiangehörige, die auf der Linie der alten P.V. Mehrheit gestanden sind, kurzerhand aus dem Dienst der Partei entlassen. Die Mitglieder der jetzigen P.V. Mehrheit haben vor, auf und selbst nach dem Parteitag die Minderheit zu vertreten, es seien keine sachlichen Differenzen vorhanden. Die neue P.V. Mehrheit hat also diese Parteikandidaten, deren Qualifikation ausser Zweifel steht nicht aus unsachlichen Gründen entlassen.

Aber auch mit Abbauzwecken können diese Entlassungen nicht begründet werden, denn es wurden einige Genossen vollkommen neu eingestellt, zum Beispiel Spitz und Kolzer. Die Entlassungen sind also nichts anderes als durch nichts gerechtfertigte Massregelungen.

Diese Massregelungen sind eine schwere Schädigung der Partei, nicht zuletzt dadurch weil die entlassenen Genossen vielfach durch sehr wenig fähige Genossen ersetzt wurden. Der Gen. Brodnig, der ein guter Agitator ist hat als Kreissekretär im Kreis St. Pölten den Beweis erbracht, dass er nicht die geringsten Fähigkeiten zu einer Sekretärsfunktion besitzt. Trotzdem wurde Genosse Fabri, der sein Amt zur Zufriedenheit ausgeübt hat, kurzerhand entlassen und durch Genosse Brodnig ersetzt.

Ich frage nun an: Sind diese Tatsachen der Landesleitung bekannt und was gedenkt sie zu tun, um derartige Statutenbrüche und Parteischädigungen hintanzuhalten. Ich ersuche um Antwort auf jede dieser Fragen. Ausserdem stelle ich folgende drei Anträge: 1. Der Landesparteitag erwartet, dass der P.V. die Suspendierung des Genossen Schauer, die eine schwere Verletzung des Rechtes der Kritik ist, unverzüglich zurückziehen wird.

2. Der Landesparteitag erwartet, dass es der P.V. in Zukunft unterlassen wird einerseits das Recht der Lokalorganisationen Parteimitglieder als Gast einzuladen, andererseits das Recht jedes Mitgliedes sich auch an den internen Veranstaltungen einer anderen Lokalorganisation zu beteiligen, ja sogar beratend zu beteiligen, wenn die betreffende Lokalorganisation es ihm gestattet, anzutreten. Der Landesparteitag erwartet, dass der P.V. die statutenwidrige Suspendierung der Genossen Schierer, Tatis Ernbacher und Verosek unverzüglich rückgängig machen werde.

3. Obwohl der Parteivorstand zweifellos das formale Recht hat, den Landessekretär abzusetzen und einen anderen Sekretär zu bestimmen, erklärt der Parteitag: Die Einsetzung des Genossen Brädnig zum Wiener Landessekretär ist tatsächlich nicht gerechtfertigt, da ihm die Fähigkeit zu dieser Funktion nachgewiesener Massen fehlt. Die Absetzung des Genossen Fabri ist sachlich nicht gerechtfertigt. Der Landesparteitag wünscht, dass der Genosse Fabri wiederum als Sekretär von Wien fungiert und er erwartet, dass der Parteivorstand diesem Wunsch Rechnung getragen wird, indem er den Genossen Fabri ohne Vorzug wieder zum Landessekretär von Wien bestimmt.

1. 11. 1934

1. Im Kampfe gegen den Imperialismus, gegen die Gefahr des Faschismus von dem das Proletariat der ganzen Welt, soweit es nicht bereits von Faschismus niedergestritten wird, immer fürchterlicher bedroht wird, im Kampfe gegen die wachsenden wirtschaftlichen Nöte, die die Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Länder immer unerträglich bedrückt hat, das Proletariat Österreichs sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen. Diese Aufgaben sind gegeben durch die Bedeutung Österreichs im Mitteleuropäischen, ^{als} Kollisions der Räte in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht, was sich in der Versklavung und Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung Österreichs ausdrückt als Stützpunkt der internationalen Reaktion, als militärisches Aufmarschgebiet, als begehrte Beute zweier militärisch stärkerer Nachbarstaaten, weitere durch die ~~einflussreichsten~~ ^{die} reaktionären Kräfte, die in Österreich immer beherrschender werden und zum gewaltsamen Umsturz nach ihrem Exzerzitum diese rüsten. Endlich durch die noch immer bedeutend Stärke des österreichischen Industrieproletariats, das nicht nur die inneren Gefahren abwehren, sondern auch dem übrigen Proletariat insbesondere dem mittleren und südlichen Europa wertvolle Hilfe zu leisten in der Lage ist.

2. Unter diesen Umständen ist es Aufgabe der K.P.O. in den grossen und kleinen Kämpfen, ^{und} Gesamtkoalition, die das österreichische Proletariat zur Abwehr der gegebenen Gefahren auf politischen und wirtschaftlichen Gebieten führen muss, den Weg zu weisen und voranzugehen.

Insbesondere hat die K.P.O. im Kampfe gegen den Faschismus dafür zu wirken, dass die bestehenden Ordnungsorganisationen zu bewaffneten und wirklich wehrhaften Massenorganisationen des gesamten Proletariats mit grösster Beschleunigung ausgebaut werden (Parteiintern!): wobei die Pflicht zur Fraktion der Kommunisten innerhalb der Ordnungswehr geboten ist und dass sie gegenüber den rüstenden Faschisten rechtzeitig und mit aller Energie eingesetzt werden, so dass deren Aufmarsch in Österreich vereitelt wird. Alle in Betracht kommenden

in stark ausgeprägtem Staat dortselbst auftreten. Die
 die A. F. C. ist weitere in Betracht zu ziehen die wirtschaftlichen Not
 te, das die fortgesetzte Forderung, ohne die Möglichkeit Kurzarbeit
 und des damit verbundenen Einsparungslandes, gegen die Abschaffung des
 Ballotages (in vieler Hinsicht in den letzten Jahren), deren Einwirkung
 Verachtens der Lebens- und Arbeitsbedingungen, gegen die diese
 Diktatur des Staates zu sein, sollte etc. h. e. a. die ständigen
 gefährlichen Gefahr zu führen. Und zwar auch die die so tun, dass die
 Partei und ihre Organe rechtzeitig und inoffiziell eingreifen und
 den Kampf in bestimmter Weise auf die ja die unmittelbar drohende
Gefahr zuwenden. Doch kann es auch an der, von unten und von oben,
 mit allen geschichtlichen Mitteln muss die Partei darauf in dem
 wirtschaftlichen Prozess aktiv Einfluss nehmen, in richtiger For-
 derung der Arbeiterrechte, -kämpfe und noch vor entscheidenden
 Beratungen und Beschlüssen der auf politischen und gewerkschaftli-
 chen Gebieten auszuschließen. Faktoren des notwendigen Druck
 auf die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer zu üben

Der Landesparteitag stellt fest, dass der P.V. nicht stattdessen
des Parteitaggen in einer Reihe von Fällen, wie beispielsweise bezüg-
lich der Forderung, der Warennachschub, Zolltarifnovelle, der Lohn-
kämpfe im März (der R.G. hat den ~~Schub~~ ^{den Kampf} der Metallarbeiter gerade-
zu totgeschwiegen) weder planmäßig, noch rechtzeitig, noch mit klaren
Forderungen innerhalb der kommunistischen und proletarischen Orga-
nisationen und nach aussen eingetreten, sondern den Ereignissen
nachgeklüftet ist und sich an faulen Kompromissen mitschuldig gemacht.
Dadurch hat die Partei nicht in dem Masse, als es ~~wäre~~ ^{wäre} das
Vertrauen breiter Massen gewonnen.

Der Landesparteitag erwartet, dass der P.V. der passiven und rechts-
opportunistischen Tendenz auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Kämpfe
Einkalt gebietet und fernhin in kommunistischen Sinne Politik trei-
ben werde.

4. In der gegenwärtigen Situation ist es Pflicht der K.P.G. gegen-
über der österreichischen Sozialdemokratie, die das Proletariat
vollkommen in Dunkelheit tauchen lässt, die Mittel zur Durchführung
der proletarischen Forderungen klar und deutlich vor Augen zu führen.
Die K.P.G. hat unablässig zu kämpfen für den allgemeinen Betriebs-
rätekongress, ~~den~~ den Willen des Gesamtproletariats zum Ausdruck
zu bringen und das gesamte Proletariat im Kampfe für seine Forderun-
gen zu führen hat. Die K.P.G. hat überdies in der gegenwärtigen Ent-
wicklung mit aller Energie gegen die ~~bürgerliche~~ ^{bürgerliche} Klasse
regierung, welche den Faschismus in Österreich den Weg bahnt, zu kämp-
fen und an ihre Stelle die Einsetzung einer Regierung vom Proletar
ervertreter zu fordern, welche die ^{Wünsche} Forderungen des Proletariats durch
Kampf gegen die Bourgeoisie, gestützt auf die Ordner, Betriebsräte-
organisationen und ähnlichen Organisationen zu verwirklichen habe.
Die Weipalregierung bedroht die Ordnerorganisation, die Betriebsräte
die Wehrmänner, versklavt und vertritt mit der Peitsche der Gauner
Konvention die breiten proletarischen Massen. Während die S.P. dem Pro-
letariat keinen Ausweg zeigt, und vor der „Diktatur“ von rechts oder
links wartet ist es unsere Aufgabe, den Proletariat ~~mit~~ ^{mit} der Arbeiter-
regierung, die die Kommunisten vorwärts zu treiben haben werden, den
den Ausweg aus seiner furchtbaren Lage zu zeigen.

Dass uns darüber zu täuschen, dass eine sozialdemokratische Regierung in Österreich noch lange keine Arbeiterregierung ist, eröffnet sich doch

Resolution Friedländer,

hier:

Kontinuität d. d. Diszipliniertheit, im Vorwortsch des Proletariats sein
die K.P.G. zu veranlassen wird, eine klare kommunistische Politik zu treiben.

Das österreichische Proletariat hat stark genug, die Forderung der
Arbeiterregierung durchzuführen.

Die subjektive Schwäche der K.P.G. ist kein Hindernis für die Ersetzung
der Forderung der Arbeiterregierung. Der Kampf für die Ersetzung ist viel-
mehr geeignet, die K.P.G. zu stärken, und Vertrauen bei der Masse der
Arbeiter, die keinen Ausweg sehen, zu wecken.

Ein Programm für die Arbeiterregierung in Österreich liegt in der
Linie der Beschlüsse des 4. Kongresses der Komm. Intern. und des 8. Partais-
kongresses der K.P.G.

6. Der Landesparteitag stellt fest, dass die bereits vor dem letzten Parteitag auf Grund der Folgen der Genfer Konvention einleitete monatliche Propaganda für die Forderung der Arbeiterregierung trotz der in diesem Sinne gefassten Resolution auf dem Parteitag von P.V. vollste eingestellt wurde. Dies ist eine scharfe Abweichung sowohl von der Linie der Partei als auch von der Linie der Komintern.

Eine gleiche Abweichung ist bezügl. der Einheitsfronttaktik überhaupt - deren Konsequenz die Forderung der Arbeiterregierung ist - auf politischem Gebiete zu konstatieren, denn diese von P.V. auch in ersten einheitlichen Kampf des Gesamtproletariats erfordernden Situationen ^{unw.} eingegangen wurde.

Der Landesparteitag erwartet, dass der P.V. diese ~~systematische~~ Abweichungen von der Linie der Komintern und des VI. Parteitages der Z.P.G. wieder gutmachen und die ~~systematische~~ systematische Anwendung der Einheitsfronttaktik sowie die systematische ^{Propaganda} Anwendung für die Beseitigung der Beipalregierung und Herbeiführung einer Arbeiterregierung betreiben wird.

Antrag

Der Landesparteitag stellt fest, dass statutarisch die Landesleitung nur aus den vom Landesparteitag gewählten Genossen besteht. Der Parteivorstand hatte das Recht, die Genossen Frielaender, Fiehs, Gruber, Strömer, Richter als der Landesleitung abzurufen, er hatte aber nicht das Recht, neue Mitglieder aus seiner Mitte in die Landesleitung einzusetzen. Der Landesparteitag stellt daher fest, dass die Landesleitung bis zur Neuwahl gegenwärtig nur aus den Genossen Matschinger, Wassilow, Dacanek und Hladek besteht. Es hat daher kein anderer Genosse das Recht, den Landesparteitag zu eröffnen, als diese Landesleitungsmitglieder und ist dieser alten Landesleitung bis zur Neuwahl des Präsidiums der Vorsitz zu übergeben.

Antrag F R E Y

Der Landesparteitag erklärt:

Damit sich solche Fälle, wie der Fall Huhl und der Fall Riess nicht wiederholen, ist es notwendig, dass die Gewerkschaftsabteilung bei jeder Lohnverhandlung initiativ eingreift und insbesondere für die Obmännerkonferenz der Metallarbeiter die kommunistische Metallarbeiterfraktion mit einem konkreten schriftlich formulierten Antrag versieht.

Anträge ~~Sticht~~

1. Der Landesparteitag erwartet, dass der P.V. die Suspendierung des Gen. Schaner, die eine schwere Verletzung der Rechte der Kritik ist unverzüglich zurückziehen wird.
2. Der Landesparteitag erwartet, dass der P.V. in Zukunft ~~anzuerkennen~~ unterlassen wird, einerseits das Recht der Lokalorganisationen Parteimitglieder als Gäste einzuladen, andererseits das Recht jedes Mitgliedes sich auch mit den Interessen Veranstaltungen einer anderen Lokalorganisation anzuhören, ja sogar beratend zu beteiligen wenn die betreffende Lokalorganisation es ihm gestattet, es zu tun. Der Landesparteitag erwartet, dass der P.V. die Statutenwidrige Suspendierung der Gen. Fachirer, Matas, Erbachberg und Varosek unverzüglich rückgängig machen werde.
3. Obwohl der P.V. das formale Recht, den Landessekretär und einen anderen Sekretär zu bestimmen, erklärt der Parteitag die Einsetzung des Gen. Brodnig zum Vr. Landessekretär ist tatsächlich nicht gerechtfertigt, da ihm die Fähigkeit zu dieser Funktion nachgewissermaßen fehlt. Die Absetzung des Gen. Fabri ist nachlich nicht gerechtfertigt. Der Landesparteitag wünscht, dass der Gen. Fabri wiederum als Sekretär von Wien fungiert und er erwartet, dass der P.V. darauf dieses Wunsch Rechnung tragen wird, indem er den Gen. Fabri ohne Verzögerung wieder zum Landessekretär von Wien postuliert.

Abänderungsentwurf Frey zu § 8 II.Satz

Zu denselben delegieren die Lokalorganisations nach
folgendem Schlüssel • Lokalorganisationen von 75 - 100 Mitglieder ^{1000 Mitglieder}
für je weitere hundert Mitglieder eine Delegierten mehr, 75 oder mehr
Mitglieder gelten als voll.

Antrag der Landesleitung Wien zur Regelung der
Monatsbeiträge der Arbeitslosen.

Nachdem in den Lokalorganisationen die Einhebung von Beträgen zur Deckung der Differenz auf die Monatsbeiträge der Arbeitslosen verschiedenartig erfolgt, eine einheitliche Regelung der Frage jedoch unbedingt geboten erscheint, stellt die Landesleitung folgenden Antrag:

Die Idealmarken, welche bis jetzt um den Betrag von K 100 abgesetzt wurden und dieser Betrag zur Gänze der Reichskassa zufloss, soll vom 1. Mai d. J. an um K 500 verkauft werden. Nach wie vor müssen 100 K an die Reichskassa abgeführt werden, die verbleibenden 400 K, jedoch von den Organisationen zur Deckung der Differenz auf die Mitgliedsbeiträge der Arbeitslosen Mitglieder verwendet werden.

Für die Landesleitung:

An die Redaktion der Roten Fahne zu Händen des Chefredakteurs
des Gen. Keritschoner.

Ich ersuche um Einshaltung folgender Richtigstellung in der
morgigen Roten FahneNN:

In dem gestrigen Bericht der Roten Fahne über die politi-
sche Partei auf dem Landesparteitag ist meine Rede in einer Form
wieder gelesen, die den Sinn meiner Ausführungen auf den Kopf stellt,
wenn sich der Berichterstatter schon damit begnügt hat nur das wie-
derzuzugeben, was ich über die Warenumsatzsteuer und die Zollverord-
nungen gesagt habe und die anderen viel wichtigeren Punkte meiner
Kritik über die gewerkschaftliche Taktik und über die Frage der
Arbeiterregierung übergegangen hat, so hätte er wenigstens richtig
berichten müssen. Ich stelle daher fest:

1.) Nicht das habe ich ausgestellt, dass der Kampf gegen die
Warenumsatzsteuer nicht zugespitzt worden sei, sondern ich habe der
Parteileitung vorgehalten, dass sie sich damit begnügt hat über die
Warenumsatzsteuer einfach nur zu berichten statt gegen ihre Gesetz-
gebung anzukämpfen, anzukämpfen solange es Zeit war, nämlich bis
zum 11. März. An diesem Tag wurde die Warenumsatzsteuer im A.O.K.
angenommen und jetzt erst, nachdem die Warenumsatzsteuer im AOK ange-
nommen war, also als es bereits zu spät war, da erst hat die neue Par-
teileitung den Kampf gegen die Warenumsatzsteuer aufgenommen.

2.) Ich habe nicht gesagt, die Partei hatte die Regierung zwingen
müssen die Verordnung zurückzuziehen. Vielmehr habe ich folgendes
ausgeführt:

Zweimal schon hat sich die Regierung infolge unserer in K
tensiven Gegenpropaganda nicht getraut die Warenumsatzsteuervorlage
vorzulegen. Wenn wir als Partei die Kraft nicht hatten, die Waren-
umsatzsteuer zu verhindern, mit der blossen Berichterstattung durften
wir uns keinesfalls begnügen, sondern das Mindeste was wir tun muss-
ten das war gegen die Warenumsatzsteuer anzukämpfen, versteht sich
nach unseren Kräften. Ja die Partei hat anzukämpfen begonnen, aber
erst nach dem 11. März wurde die Warenumsatzsteuer angenommen,
ohne rechtzeitig den Widerstand der K.P. dagegen zu organisieren.

3.) Genau dieselben Fehler sind gemacht worden gegenüber den
Zollverordnungen betreffend die Lebensmittelzölle und den Kafee-
und Zuckerzoll. Beide Zollverordnungen wurden angenommen ohne dass die
Partei rechtzeitig zum Widerstand dagegen auch nur gerufen hätte. Erst
als die Zollverordnungen im AOK angenommen waren, da erst hat die Partei
zum Kampf gegen die Zölle gerufen.

4.) Ich habe nicht gesagt, dass die Partei in der Arbeiterkammer
von der Linie der Internationals abgewichen sei.

In Bezug auf die Arbeiterkammer habe ich gesagt, dass die kommu-
nistischen Mandatäre nicht schweigen sondern stets dem reformistischen
den kommunistischen Standpunkt entgegenstellen müssen.

Das Abweichen von der Linie habe ich dargestellt in Bezug auf
das Verhalten der Partei zur Losung der Arbeiterregierung seit
dem Parteitag bis zum Landesparteitag.

wien, 18. März 1923.

Mit kommunistischem Gruss

Apel

Auch der heutige Bericht über die politische Debatte auf dem Parteitag ist unrichtig. Diese Art der Berichterstattung muss zwangsläufig die Gegensätze in der Partei, statt sie zu mildern, immer mehr verschärfen. Es handelt sich um sachliche Meinungsverschiedenheiten, um sachliche Kritik. Es ist das Interesse der Partei, dass eine solche Kritik nicht unterdrückt wird, weil nur so Klarung herbeigeführt werden kann. Ich verlange kategorisch die Aufnahme folgender Richtipstellung in die nächste Nummer der Roten Fahne:

1.) In der Roten Fahne vom 7. März, der letzten Nummer, die noch Stern redigiert hat, war nicht bloss die Lösung aufgestellt: "Die Warenumsätze nicht mehr verhindern werden" sondern die Lösung hiess dann weiter: "die Gesamtarbeiterschaft muss ultimativ unter Androhung der sofortigen Kampfe die sofortige Zurückziehung des Gesetzes verlangen". Nach dem 7. März, als die neue Parteileitung das Blatt übernahm, da hat sie bis 11. März, dem Tag der Annahme der Verordnung im AOK sich mit blosser Berichterstattung begnügt und erst nachher gegen die Warenumsatzsteuer anzukämpfen begonnen, als es schon zu spät war.

2.) Nach Abschluss des Kampfes der Postler am 25. März schrieb die R.F. im Leitartikel: "Der Vorstoß gegen die Postler scheint mit einer Blaupause der Regierung zu enden und im Leitartikel derselben Nummer schreibt sie das Gegenteil: "In einem Seipels sind die Postler bedingungslos zur vollen Arbeit zurückgekehrt".

3.) Was meine gewerkschaftliche Kritik betrifft, so geht es im Interesse der Partei nicht an über folgende zwei opportunistische Abweichungen schweigend hinwegzugehen:

a.) Am 27. März haben die Vertrauensmänner des revolutionären Metallarbeiterblocks die 15 % Lohnerrhöhung als Mindestforderung beschlossene Manneskonferenz festgehalten werden müssen.

In der Obmännerkonferenz am 28. März hat nun Riess für die 5 1/2 % gestimmt.

Am 30. März hat die R.F. zu den Ergebnissen der Obmännerkonferenz der Metallarbeiter wie folgt Stellung genommen: "In der gestrigen Obmännerkonferenz wurde ein Abschluss mit 5 1/2 % genehmigt und damit zum zweitenmale ein gewerkschaftliches Prinzip preisgegeben... der Index ist preisgegeben... die Arbeiterschaft wird sich auf diesen Kuhhandel nicht einlassen... die österreichischen Arbeiter werden den Kampf aufnehmen für die Lohnerrhöhung von 15 %...."

Der Fall Riess ist viel ärger als der seinerzeitige Fall Hubl, denn Riess ist Vorsitzender der Partei, Vorsitzender des revolutionären Gewerkschaftsrates, Vorsitzender des Metallarbeiterblocks. Durch sein opportunistisches Verhalten wird also die gesamte kommunistische und oppositionelle Bewegung schwer geschädigt. Es geht nicht an, dass die Partei zu solchen schweren Verfehlungen schweigt und sich durch ihr Schweigen mitschuldig macht.

b.) In Aufruf am 22. März schreibt die R.F. //: "Die Löhne müssen um mindestens 15 % erhöht werden... die Arbeiterschaft hat darauf zu achten, dass nicht wie bereits bei den Textilarbeitern ein faules Kompromiss abgeschlossen werde..."

Nun wer hat dieses faule Kompromiss bei den Textilarbeitern abgeschlossen? Das Lohnkomitee der Textilarbeiter. Aber im Lohnkomitee der Textilarbeiter sitzen die Kommunisten Glass und Maier Moritz, der letztere Mitglied des Parteivorstandes.

Entweder die zwei Genossen haben Stellung genommen gegen das faule Kompromiss, dann gehört ihre Stellungnahme in die R.F.

Oder sie haben dem faulen Kompromiss zugestimmt, dann muss ihr Verhalten in der R.F. kritisiert werden.

Oder das Kompromiss ist nicht faul, dann muss das Kompromiss in der R.F. vor den Arbeitern begründet werden und ausserdem muss der Chefredakteur der R.F. gerügt werden warum er das Kompromiss dennoch "faul" genannt hat.

Eines von diesen dreien müsste getan werden. Das aber was in Wirklichkeit geschoben ist, das ist eine solche Taktik von Widersprüchen, dass wir auf diese Weise nur schwer das Vertrauen der Massen erringen können.

4.) Was nun die Frage der Arbeiterregierung betrifft, so sind folgende Erwägungen entscheidend:

a.) Sind wir gezwungen die Regierungstrage aufzurollen? // Ja! Die R.F. hat es unbewusst schon wiederholt seit dem Parteitag getan. Die Massen tun es instinktiv: sie ruhen instinktiv: Weg mit der Seipelregierung! Die ganze Lage drängt uns vollkommen bewusst die Lösung aufzustellen: Weg mit der Seipelregierung!

b.) In dem Augenblick wo wir diese Lösung als Ziel aufstellen müssen wir der Arbeiterschaft positiv sagen, welches Ziel sie sich setzen müsse. Wir müssen die Frage, was soll an Stelle der Seipelregierung treten positiv beantworten:

talistenregierung? Nein!

ten ~~zurück beantwortet~~ ~~dem~~ ~~_____~~

Oder jetzt etwa die proletarische Diktatur? Nein! Oder etwa eine Kon-
trollregierung? Nein! Also was denn?

Wir müssen die Losung Arbeiterregierung geben, sie ist die
einzige, die gegenwärtig den Ausweg zeigt. Wir müssen diese Losung
geben nicht als etwas, was unmittelbares sondern als Losung die das
Endziel zeigt und wodurch die Zwischenlösung des Betriebsräten-
kongresses den Massen erst wirklich verständlich wird.

Es ist eigentümlich, dass die neue Parteileitung, nachdem die
Partei acht Monate hindurch die Losung der Arbeiterregierung vorberei-
tet und schliesslich als Losung wirklich in den Vordergrund gerückt hat,
als das nächste politische Hauptziel, es ist eigentümlich dass die neue
Parteileitung seit dem Parteitag bis zum Landesparteitag das Wort Arbeit-
terregierung nicht einmal in den Mund genommen hat obzwar sie wieder
holt schon die Regierungsfrage aufgeworfen hat.

In der Frage des Betriebsrätenkongresses gibt es keine Wei-
rungsverchiedenheit. Es genügt nicht dass wir diese Losung für sich
allen aufstellen, wir müssen zugleich das Politische Ziel zeigen
wozu der Betriebsrätenkongress nur ein Übergang ist: die Arbeiter-
regierung.

Die Losung der Arbeiterregierung muss unverzüglich wieder als
Propagandalosung aufgenommen werden, es wäre zu spät damit erst zu
kommen wie die Regierungsfrage akut ist, die Massen wären dann nicht so
verbreitet.

Zum Schluss habe ich folgenden Antrag gestellt:

Der Landesparteitag hält es für notwendig, dass in der gegen-
wärtigen Situation die Propaganda für die Forderung der Arbeiterregierung
sowohl in der Partei als auch in der Presse als auch in Versammlungen
aufgenommen werden muss.

Der Parteivorstand stellt dem folgende Resolution gegenüber: Der
Landesparteitag hält es für notwendig, dass in der gegenwärtigen Situa-
tion in der Propaganda für den Betriebsrätenkongress die Auseinander-
setzung der Bedeutung der Arbeiterregierung sowohl in der Partei,
als auch in der Presse als auch in Versammlungen vorbereitet werden muss.

Diese Vorbereitung haben wir schon im August, September, Oktober
besprochen; jetzt heisst es die Losung Arbeiterregierung nicht mehr
vorzubereiten, sondern sie zwar noch nicht als Aktionslosung, wohl aber
als Propagandalosung aufzunehmen und zwar nicht nur im Zusammenhange
mit der Lösung Betriebsrätenkongress, sondern auch im Zusammenhange
mit der Lösung: wehrhaftmachung des Proletariats, Ausbau der Ordnungwehr
zu einer Massenorganisation, alle wehrfähigen Proletariats er hinein in
die Ordnungwehr! Oder im Zusammenhange mit der Lösung Kontrollausschüsse
u. s. w.

Mit kommunistischen Grüssen:

Wien, 18. April 1923.

An die Exekutive der kommunistischen Internationale.

Werte Genossen !

1.) Der Landesparteitag des Landes Wien, der ^{bestens wirkendsten} ~~ausgezeichnetsten~~ Organisation in unserer kommunistischen Partei, (die Hälfte der Parteimitglieder sind in d. Wiener Organisation organisiert) hat klar bewiesen, dass infolge des Verhaltens und der Politik des anfangs März neu gewählten Parteivorstandes, die Krise in d. Partei sich verschärft und vertieft hat.

Es ist notwendig, da der offizielle Bericht d. Parteivorstandes in der Wiener Roten Fahne den Verlauf d. Landesparteitages zum Teil verfälscht, zum Teil totschweigt, die allerwichtigsten Ergebnisse des Parteitages der Exekutive zur Kenntnis zu bringen.

2.) Die Opposition auf dem Landesparteitage war im Verhältnis zur Opposition auf dem Reichsparteitage gewachsen. Während auf dem Reichsparteitage 26% der Delegierten die oppositionelle Minderheit bildeten, war ihre Zahl am Landesparteitage auf 40% gewachsen.

Von den 56 Delegierten übten 15 Delegierte die schärfste Kritik sowohl an den Massregelungen, Mandatverletzungen, Statutenbrüchen, Suspendierungen, kurzum an all den gewaltsamen aus persönlichen/entspringenden organisatorischen Massnahmen des Parteivorstandes, als auch an der politischen Führung der Partei, sowie der Taktik auf gewerkschaftlichem Gebiete.

Die Resolution, die seitens d. P.V. vorgelegt wurde und in der die Tätigkeit des P.V. gebilligt wird, wurde mit 21 gegen 15 Stimmen angenommen. 15 Delegierte traten für die scharfe Kritik ein, die in den Anträgen Dietz, Friedländer und Frey an Parteivorstande geübt wurde.

Zum Stimmenverhältnis der Delegierten muss bemerkt werden, dass zu den Wahlen für den Landesparteitag die Genossen Tomann und Koritschnow alle ihre Kräfte mobilisiert und in die Wahlversammlungen geschickt hatten, um die Wahl in ihrem Sinne zu beeinflussen, während die Minderheit daran vernachlässigt war. Tatsächlich waren Minderheiten aus 11 Wiener Lokalorganisationen, darunter auch beträchtliche Minderheiten, die an anderer Stelle stehen, auf dem Landesparteitag nicht vertreten, wobei besonders die tschechischen Genossen der inkonsistenten Vertretung ~~plumassig~~ ^{verantwortung} überantwortet, sowohl als eine der wichtigsten Faktoren der /zwei Wiener Organisation sind. Von der Majorität war nur im ~~einigen~~ ^{einigen} Bezirken die Minderheit, die dortselbst für d. gegenwärtigen P.V. eintritt, nicht vertreten. Daraus geht hervor, dass die Opposition in Wien bei weitem schärfer ist, als auf dem Landesparteitag zum Ausdruck kam. Wir können ohne Überschätzung der Dinge behaupten, dass wir in Wien, im Vergleich zur Anhängerenschaft d. gegenwärtigen P.V. eher stärker als schwächer sind.

3.) Die Wahl des neuen Landespartei Vorstandes, war wieder eine Brutalisierung parteischädigendster Art, von dem rein persönlichen Bedürfnissen Tommas und Koritschowers diktiert.

Die Minderheit hatte gemäss ihrer Stärke 40% der Mandate im neuen P.V. beansprucht, und zwar natürlich auf Grund des eigenen Vorschlages. Dem gegenüber balligte die Mehrheit der Minderheit nur ein Mandat von 9 Mandaten zu und dabei noch ohne ihr ein Vorschlagsrecht für dieses Mandat einzuräumen.

Die Minderheit schlug von ihren Genossen die fähigsten für den neuen ~~Landespartei Vorstand~~ Landespartei Vorstand vor, darunter auch den Gen. Frey, die Mehrheit ging nicht von diesem Gesichtspunkte aus.

Die Wahl des neuen Landespartei Vorstandes erfolgte mit 21 gegen 15 Stimmen.

Indem wir dieses unglaubliche Verhalten d. Exekutive der Komintern zur Kenntnis bringen, bemerken wir, dass die Jugenddelegation zum ~~Wahl~~ Punkte Wahlen folgende Erklärung eingebracht hatte:

„Bei der jetzigen Situation in der Partei, bei dem Stimmenverhältnis auf dem Landesparteitag (15:21) ist die Jugenddelegation der Ansicht, dass die Wiener Landesleitung nach Übereinkommen proportional zusammengesetzt sein soll, wobei selbstverständlich die fähigsten Genossen herangezogen werden müssen.“

Wir verladen uns hier in einer Linie mit der Ansicht und den Geprügenheiten der Komm. Internationale, wie es bei ähnlichen Anlässen bereits zum Ausdruck gekommen ist.

Wir hoffen, dass der Landesparteitag die Wahl in diesem Sinne vornehmen wird, um der Partei von vorneherein die Möglichkeit zu guter sachlicher Arbeit zu geben.“

Der Appell der Jugenddelegation blieb aber fruchtlos.

4.) Die detaillierten Anträge Dietz (unseres führenden Strassenmanners) / gegen die Reihe von Statutenverletzungen, Massregelungen, Mundtotmachungen, Ausschaltungen wertvoller Kräfte, Suspendierungen von wichtigen Funktionen, parteilichen Missbrauches der Roten Fahne usw., die der P.V. ständig begangen hat. Drei Anträge, wonach der P.V. zur Aufhebung einiger seiner provozierendsten Massnahmen aufgefordert wurde, wurden mit 21:15 Stimmen abgelehnt. Tommas und Koritschower wollten sich von d. Mehrheit d. Landesparteitages einen Freibrief für ihre orts gesetzte Autokratie geben lassen. Wir sind d. Überzeugung, dass die Exekutive mit diesem Vorgehen nicht einverstanden ist.

5.) Die Taktik d. P.V. auf politischem u. wirtschaftlichem Gebiete, war Gegenstand eingehender Diskussionen. Es zeigte sich klar und deutlich, dass sich seit dem Parteitage tief gehende Differenzen herausgebildet haben.

Diese Differenzen und die schwerwiegenden Fehler d. P.V. wurden in d. folgenden Resolution d. Gen. Friedländer niedergelegt:

1. Im Kampfe gegen den Imperialismus, gegen die Gefahr des Faschismus, von der das Proletariat der ganzen Welt, soweit es nicht bereits vom Faschismus niedergestritten wird, immer furchtbarer bedroht wird, im Kampfe gegen die wachsende wirtschaftliche Nöte, die die Arbeiter, Angestellte und Beamte aller Länder immer unerträglicher bedrücken, hat das Proletariat Österreichs sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen. Diese Aufgaben sind gegeben durch die Bedeutung Österreichs in Mitteleuropa als Kolonie der Entente in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht, was sich in der Versklavung u. Auspressung der arbeitenden Bevölkerung Österreichs ausdrückt, als Mittelpunkt der internationalen Reaktion, als militärisches Aufmarschgebiet, als begehrte Beute mehrerer militärisch stärkerer Nachbarstaaten; weiters durch die eigenen reaktionären Kräfte die in Österreich immer beherrschender werden u. zum gewaltsamen Umsturz nach ihrem Sinne streben; endlich durch die noch immer bedeutende Stärke des österreichischen Industrieproletariats, das nicht nur die inneren Gefahren abzuwehren, sondern auch dem übrigen Proletariat insbesondere dem südtürkischen mittleren u. südöstlichen Europas wertvolle Hilfe zu leisten in a. Lage ist.

2

2.) Unter diesen Umständen ist es Aufgabe der K.P.Ö., in den grossen u. kleinen Kampfen, Gesamt- u. Fraktionenkampfen, die das österreichische Proletariat zur Abwehr der gegenwärtigen Gefahren auf politischem u. wirtschaftlichem Gebiete führen muss, den Weg zu weisen und voran zu gehen.

Insbesondere hat die K.P.Ö. im Kampfe gegen den Faschismus dafür zu wirken, dass die bestehenden Ordnungszentralen zu bewaffneten u. wirklich wehrhaften Massenorganisationen des gesamten Proletariats mit grösster Beschleunigung ausgebaut werden, (Parteilinien: Kopen, die Pflicht zur Fraktion der Kommunisten innerhalb der Ordnungszentralen!) und dass sie gegenüber den rüstenden Faschisten rechtzeitig und mit aller Energie eingesetzt werden, so dass deren Aufmarsch in Österreich vereitelt wird. Alle in Betracht kommenden Mitglieder der K.P.Ö. müssen in die Organisationsarbeit hinein und in gekennzeichnetem Sinne dort einsteigen, aufpassen

Die K.P.Ö. hat weiteres und insbesondere gegen die wirtschaftliche Nöte, gegen die fortgesetzte Teuerung, gegen Arbeitslosigkeit, Hungerarbeit und das damit verbundene Hungeralend, gegen die Herabdrückung der Löhne, (da vielmehr dessen Anheben notwendig); gegen jedwede Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, gegen die Diktatur des Staates (Massensteuerung, Zölle, etc) usw. den ständigen unermüdeten Kampf zu führen. Und zwar muss sie dies so tun, dass die Partei u. ihre Organe rechtzeitig und initiativ eingreifen und den Kampf in bestimmter Weise auf die jeweils unmittelbar drohende Gefahr ausrichten. Auch innen wie aussen, von unten und von oben, mit allen zweckdienlichen Mitteln, muss die Partei gerade in den wirtschaftlichen Fragen aktiv Stellung nehmen, die richtigen Forderungen der Arbeiterschaft herbeibringen und noch vor entscheidenden Beratungen und Beschlüssen der auf politischem u. gewerkschaftlichem Gebiete ausschlaggebenden Faktoren den notwendigen Druck auf die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer ausüben.

3.) In der gegenwärtigen Situation ist es Pflicht der K.P.Ö. gegenüber der österreichischen Sozialdemokratie, die das Proletariat voll kommen im Dunkeln tappen lässt, die Mittel zur Durchführung der proletarischen Forderungen klar und deutlich vor Augen zu führen. Die K.P.Ö. muss

Die K.P.Ö. hat unerbittlich zu kämpfen für den allgemeinen Arbeiterkongress, der den Willen des Gesamtproletariats zum Ausdruck zu bringen und das gesamte Proletariat im Kampfe für seine Forderungen zu führen hat.

Die K.P.Ö. hat überdies in der gegenwärtigen Situation mit aller Energie gegen die bürgerliche Klassenregierung, welche dem

7.) Eine ausführliche Darstellung der opportunistischen Kompromisstaktik auf gewerkschaftlichem Gebiete soll hier mit Hinweis auf die bisherigen Beschlüsse nicht gegeben werden. Sie wurde auf dem Parteitag scharf gerügt, für die Justamentpolitik des P.V. ist bezeichnend, dass ein kurzer Antrag Frey, worin die Gewerkschaftsabteilung, bzw. die komm. Fraktion im Gewerkschaftsrat angeordnet wird, in wichtigen gewerkschaftlichen Kämpfen klare Forderungen an den betreffenden Körperschaften (z.B. Lohnkomitees, Obmännerkonferenz der Betriebsräte etc) einzubringen, ~~was~~ ~~mit~~ ~~21~~ ~~gegen~~ ~~15~~ ~~Stimmen~~ ~~abgelehnt~~ wurde. Damit haben sich unsere komm. Gewerkschaftler einen Freibrief geben lassen, im gleichen Sinne wie bisher Kompromisstaktik zu betreiben.

8.) Der P.V. will dem Gen. Friedländer wegen der Einbringung seiner Resolution, die er dem P.V. vorher nicht vorgelegt hat, wegen schweren Disziplinbruches zur Verantwortung ziehen. ~~Insbesondere~~ ~~hierzu~~ ~~ist~~ ~~zu~~ ~~sagen~~, dass nicht nur im vorigen P.V. in wiederholten Fällen Tomann, Koritschoner, Riess als Minderheit Anträge, Kundenscheine, Massnahmen herausgegeben haben, ohne den P.V. davon zu verständigen, sondern es muss betont werden, dass Gen. Friedländer die in seiner Resolution zusammengefassten Kritiken und Vorschläge im P.V. ständig vorgebracht hat und immer in der Minorität geblieben ist, wobei er noch den unglaublichsten Beschimpfungen ausgesetzt war, daher war er genötigt, mit seiner Kritik und seinen Vorschlägen, die dem P.V. vollständig bekannt waren, vor dem Landesparteitag zu treten.

Demit erübrigt sich der neue Versuch mit einer formalen Maßnahme die Meinungsfreiheit in der K.P.Ö. zu brutalisieren.

9.) Schliesslich muss daggen Protest erhoben werden, dass der P.V. die Erörterung wichtigster politischer Fragen, wie der Frage der Einheitsfront, der Arbeiterregierung usw. in der R.F. systematisch unterdrückt. Der Chefredakteur, Gen. Koritschoner, lässt keinerlei Erörterung dieser Fragen zu, wie er dem Gen. Friedländer ausdrücklich erklärt hat.

sonst

Gen. Friedländer hat das begründete und ~~an~~ ~~jeder~~ ~~Partei~~ ~~erfüllte~~ ~~Verlangen~~ ~~gestellt~~, dass die oben angeführte vollständig sachliche Resolution, die jede Möglichkeit einer Parteischädigung ausschliesst, in der Wiener R.F. veröffentlicht werde.

Da dieses Verlangen wurde nicht berücksichtigt und eine vollkommen unzureichende und entstellende Darstellung der Kritik und der Vorschläge der Opposition am Landesparteitage in der Roten Fanne gegeben, ~~wogegen~~ ~~auf~~ ~~das~~ ~~stärkste~~ ~~protestiert~~ ~~werden~~ ~~musste~~.

Aus dem Verlaufe des Landesparteitages geht somit hervor dass infolge des Vorgehens des P.V. die Differenzen in der K.P.Ö. sich verschärft haben, die Stellung ~~des~~ ~~P.V.~~ ~~auf~~ ~~dem~~ ~~Landespart~~ ~~tage~~ hat zur Beilegung d. Differenzen nicht das geringste beigetragen.

An der Exekutive der K.I. liegt es nun, soweit ~~als~~ ~~es~~ ~~ih~~ ~~r~~ ~~möglich~~ ~~ist~~, Remedur zu schaffen.

Mit kommunistischem Grusse.

Richter

Wien, 19. April. [1923]

An den Chefredakteur der „Roten Fahne“, Wien.

Warter Genosse,

Die Art der Berichterstattung über den Wiener Landespartei-
tag ist wohl der Gipfel der Willkürakte, denen die dem Parteivorstand
nicht unliebsamen Genossen ständig ausgesetzt sind. Die hässliche und voll-
ständig entstellende Darstellung meiner und des Genossen Frey Reden
auf dem Parteitage, ist in der kommunistischen Internationale unerhört
und ein Stückchen, welches sich niemals ein sozialdemokratischer Berichter-
statter über kommunistische Reden im Arbeiterrat erlaubt hat.

Es ist die Wahl des Präsidiums, das Stimmenverhältnis
bei der Wahl totgeschwiegen. Die formulierten Anfragen und Anträge des
Genossen Biets zu Punkt 1, die ganze Diskussion zu Punkt 1, die Abstimm-
ung zu Punkt 1 (Bericht), alles totgeschwiegen. Man hätte davon wenig-
stens Erwähnung tun müssen.

Ausser der perfiden Darstellung der Reden des Genossen
Frey und meiner Person sind zu Punkt 2 vollkommen totgeschwiegen worden:
meine ausführliche Resolution zur Taktik der Partei, die kurzen Anträge
betreffend die Frage der Arbeiterregierung, der Antrag Frey betreffend die
Einbringung von klaren Anträgen in den gewerkschaftlichen Körperschaften,
ferner die Abstimmung über die Anträge und das Stimmenverhältnis.

Hoffend, dass ein Parteigenosse in der K. P. noch nicht
völlig rechtlos und den persönlichen Willkürakten der mit Vollmachten
ausgestatteten obersten Funktionäre in der Partei ausgesetzt ist, ersuche
ich um die Aufnahme folgender kurzer Zusammenfassung meiner Ausführungen
zu Punkt 2, welche das, was in der K. P. gebracht wurde, berichtigen. Es
handelt sich hierbei um das mindeste Recht politischer Meinungsäußerung
in der K. P. Oe.

Zur Illustration des bewussten Vorgehens des Chefredakteurs
führe ich noch die Tatsache an, dass ich dem Chefredakteur rechtzeitig
das Anerbieten gemacht habe, meine Ausführungen zu Punkt 2 in 15 bis 20
Zeilen selbst zusammenzufassen. Er hat es aber vorgezogen, anstatt an Stelle
dessen die hässliche Verzerrung dieser Ausführungen in der K. P. zu
bringen.

Das Vorgehen des Chefredakteurs muss als parteischädigend
gebrandmarkt werden; über dieses Vorgehen ist damit das letzte Wort noch
nicht gesprochen.

Ich verlange darum, um es nochmals zu wiederholen den Abdruck
beifolgender Berichtigung, ferner den Abdruck meiner Resolution zur
Taktik sowie den Abdruck der übrigen zu Punkt 2 eingebrachten Anträge
in der „R. F.“

Mit kommunistischem Gruß

gez. Friedländer

Zum Bericht über den Landespartei-tag.

An die Redaktion der „R. F.“

Gen. Friedländer schreibt uns:

Der Bericht über meine Ausführungen zur Taktik der Partei auf dem
Landespartei-tag ist durchaus mangelhaft und entstellend und lässt das Wes-
entliche meiner Ausführungen vollständig aussparen. Wenn ein gekürzter
Bericht über Ausführungen eines Teilnehmers gebracht wird, so ist es selbst-
verständlich, dass dann das Wesentliche und sachlich Richtige gebracht zu

wird, nicht über irgendwelche Bemerkungen des Redners. Daher ersuche ich die Redaktion um Aufnahme der nachfolgenden kurzen Zusammenfassung dessen, was ich gesagt habe, wodurch gleichzeitig die unzulässige Wiedergabe & in der „Roten Fahne“ vom 13. April berichtet wird:

Gen. Friedländer kritisiert nach zwei Richtungen hin die Tätigkeit der Parteivorstände.

Zerstens legt er in einer Reihe von Fällen, die ins Verhalten zur Frage der Vermögensverhältnisse, die politischen Verhältnisse, die Meinung der Partei weder in der Frage noch in Verhandlungen noch innerhalb der parlamentarischen Verhandlungen, wo sie ihren Einfluss geltend machen kann, rechtzeitig zur Beschränkung der Durchführbarkeit des Proletariat durch den Kampf geführt hat. Der Parteivorstand hat es abgelehnt trotz meiner wiederholten Vorschläge als Parteivorstand, den Kampf der Partei auf die gesamte drohende Gefahr zurückzuführen. Die Partei ist den Ereignissen nachgegeben. Sowohl links und gerade opportunistisch war das Verhalten in den letzten Monaten in Wien, in dem einseitig weder nach innen noch nach außen seitens der Partei klare Vorschläge und die entsprechende Kampagne für diese Vorschläge gemacht wurden, andererseits das Verhalten führender Genossen in den entscheidenden Institutionen von Konsumkommissionen getragen war, die das Eintreten für 5 1/2 % Lohnerrhöhung bewies.

Zweitens kritisiert Gen. Friedländer mit aller Schärfe durch die Unklarheit auf politischem Gebiete, die Abweichen von der politischen Resolution des Parteitag und von der Linie der Komintern, indem ~~er~~ die Einheitsfront in politischer Hinsicht in entscheidenden Situationen, die unmittelbar der letzten durchführbaren Steuer- und Zollgesetz, schließlich in Abwehrvorbereitungen gegen die Raketenkrieger hervortreten. Besonders kritisch aber ist die tatsächliche Haltung der Partei gegenüber der Forderung der Arbeiterregierungen. Vor dem Parteitag (der in dem ersten Parteitag war) hat die Partei eine monatelange Propaganda für die Forderung gegen die durchführbare Bedrohung des Proletariat durch die Regierung gemacht, auf dem Parteitag wurde diese Forderung bestätigt, seitdem ist nicht abgesehen ~~von~~ in tatsächlicher Hinsicht, obwohl sich die Lage für das Proletariat noch einsetzt gestärkt hat und obwohl es notwendig ist, der österreichischen Arbeiterschaft, welche keinen politischen Ausweg sieht und welche durch die Sozialdemokratie vor der Diktatur von links in der Form der Arbeiterregierung dem Weg zu weisen. Die politische Vertrauen zur kommunistischen Partei stärkt die Forderung der Arbeiterregierung muss die des Reichsratliche ergänzen.

Der Landesparteitag muss sich einerseits gegen die opportunistische Tendenz auf wirtschaftlichem und gewerkschaftlichem Gebiete, andererseits gegen den Konfusionsismus und die Abweichungen von der Linie der Komintern auf politischem Gebiete schärfstens protestieren und die klare kommunistische Politik im Sinne der Beschlüsse des letzten Reichsparteitages treiben.

Gen. Friedländer fasst seine Ausführungen, seine Kritik und seine Vorschläge zur Taktik der Partei in einer Resolution zusammen, die er dem Landesparteitag unterbreitet.

Mitschrift über den Bericht zum Landesparteitag.

„Die Redaktion der „Roten Fanne“

Werte Genossen !

Der Bericht über meine ~~maximalen~~ Ausführungen zur Taktik der Partei auf dem Landesparteitage, ist durchaus mangelhaft und entstellend und lässt das Wesentliche meiner Ausführungen vollständig ausseracht. Wenn ein gekürzter Bericht über Ausführungen eines Redners gebracht wird, so ist es selbstverständlich, dass dann das Wesentliche und das sachlich Wichtige gebracht wird, nicht aber irgend welche Bemerkungen des Redners. Daher ersuche ich die Redaktion um Aufnahme der nachfolgenden kurzen Zusammenfassung dessen was ich gesagt habe, wodurch gleichzeitig die unzulässige Wiedergabe in der Roten Fanne vom 18. April berichtigt wird:

Gen. Friedländer kritisiert nach zwei Richtungen hin die Tätigkeit des Parteivorstandes. Erstens legt er an einer Reihe von Fällen, wie am Verhalten zur Frage der Warenumschlagsteuer, der Zolltarifnovelle, der Steuerung, dar, dass die Partei weder in der Presse, noch in Versammlungen, noch innerhals der proletarischen Körperschaften, wo sie ihren Einfluss geltend machen kann, rechtzeitig zur Abwehr derurchtwarenden dem Proletariate drohenden Gefahr, den Kampf geführt hat. Der Parteivorstand hat es abgesehen, trotz wiederholter Vorschläge im P.V. den Kampf der Partei auf die drohende Gefahr zuzuspitzen. Die Partei ist den Ereignissen nachgegeben. Besonders krass und geradezu opportunistisch war das Verhalten in den Lokalkämpfen im März, in denen einerseits weder noch mehr noch nach lassen, seitens der Partei klare Vorschläge und eine energische Kampagne für diese Vorschläge gemacht wurden, andererseits das Verhalten führender Genossen in den entscheidenden Institutionen (~~wie im Lokalkomitee, der Bezirksarbeiter, wie Gen. Riess in d. Gesamtkonferenz der Metallarbeiter~~) durchaus von opportunistischem Kompromissgeist getragen war, wie das Eintreten für 5% Lohnernözung beweist.

Zweitens kritisiert Gen. Friedländer mit aller Schärfe die Unklarheit auf politischem Gebiete, das Abweichen von der politischen Resolution des Parteitag und der Linie der Kommintern, indem sowohl die Einheitsfronttaktik in politischer Hinsicht, in entscheidenden Situationen, wie anlässlich der letzten durchtwaren Steuer- und Zollgesetze, anlässlich der Abwehrvorbereitungen gegen die Hakenkreuzler, bewusst umgangen wurde. Besonders krass aber ist das tatsächliche Fehlenlassen der Forderung der Arbeiterregierung. Vor dem Parteitage hat die Partei eine monatelange Propaganda für diese Forderung wegen der durchtwaren Bedrückung des Proletariats durch die Seipel Regierung gemacht, auf dem Parteitage wurde diese Forderung bestätigt, seither ist sie absolut totgeschwiegen worden, obwohl sich die Lage für das Proletariat noch ernster gestaltet hat, und obwohl es notwendig ist, der Arbeiterschaft, welche keinen politischen Ausweg sieht und durch die Sozialdemokratie vor

Diktatur von links und rechts gewahrt wird, in der Form der Arbeiterregierung den Ausweg zu weisen. Dies wird das politische Vertrauen zur Kommunistischen Partei stärken. Die Forderung d. Arbeiterregierung muss die des Betriebsrätekongresses ergänzen.

Landes Der/Partei tag muss einerseits gegen die opportunistische Tendenz auf wirtschaftlichem und gewerkschaftlichem Gebiete, andererseits gegen den Konfusionismus und die Abweichungen von der Linie der Kommintern, schärfstens protestieren und eine klare kommunistische Politik im Sinne der Beschlüsse des letzten Reichsparteitages treiben.

Gen. Friedländer fasst seine Ausführungen, seine Kritik und seine Vorschläge zur Taktik der Partei in einer Resolution an, die er dem Landesparteitag unterbreitet.

Wien, am 20. 4. 22.

Lieber Genosse,

Von verschiedenen Genossen habe ich erfahren, dass noch immer innerhalb der Partei mit der Frage operiert wird, ich hätte die rote Frage aufgelöst.

Um mich über den wahren Sachverhalt zu informieren, übersandte ich dir an der vorige Woche einen Bescheid vom 22. Jänner 1922, worin ich den ganzen Sachverhalt wahrheitsgetreu wiedergegeben habe.

Nur zwei Dinge muss ich hinzufügen.

1. Die Soldatenversammlung, in der ich diese Rede hielt, war von mehr als 4000 Mannern besetzt. Sie fand am 14. Jänner 1922, also noch vor den Bescheid statt, der erst Ende Jänner stattfand.

2. Bei dieser Versammlung hat die Soldatengruppe der K. O. ausdrücklich den Dr. Julius Deutsch, ex Deutsch, den Obmann des Militärverbandes Köhler, ausserdem Kommandant Stranskö, Wagner, kurz die ganze Sippschaft des Deutsch eingeladen, weil diese sich vor der Versammlung gebrüstet hatten, sie würden in dieser Versammlung dem Frey die Maske vom Gesicht reißen.

In der Tat sind eine ganze Reihe dieser Leute bei der Versammlung anwesend und bei Eröffnung der Versammlung hat der Vorsitzende noch einmal betont, dass jedem Redner, natürlich auch Gegnern, volle Redefreiheit zugesichert sei, insbesondere aber den hier erschienenen massgebenden Genossen von der Verbandsleitung und dem Reichssoldatenrat.

Nach dem Referat hat der Vorsitzende, da sich trotz Aufforderung niemand zum Worte meldete, neuerdings wiederholt, es möchten sich doch wenigstens diejenigen Genossen zum Worte melden, die vor der Versammlung sich gebrüstet hatten, dass sie in der Versammlung die Unwahrheiten des Gen. Frey's aufdecken würden, vergebens, es meldete sich niemand. Ja noch mehr, weder die Arbeiterztg. noch der Freie Soldat, noch sonst irgend eine Leitung der O. noch irgend ein massgebender Genosse der O. P. hat sich je getraut, auch nur einmal Einzelheiten aus der Rede Frey's zu bestreiten oder zu widerlegen.

Unser verwunderlicher ist es, dass sich nun in der eigenen Partei Leute finden, die sich nun getrauen, mit derartigen Verleumdungen das Vertrauen der Partei zu mir untergraben zu wollen.

Ich bitte dich, meine Rede im roten Soldat zu lesen und gründlich zu überdenken. Sie zeigt dir sehr deutlich ein Stück unserer Parteigeschichte. Ich bitte dich wohl, die Genossen in Wien in Erfahrung zu bringen, ob noch irgend ein Genosse an demselben Sachverhalt glaubt, weil ich die rote Frage aufgelöst, vom wahren Sachverhalt zu informieren.

Mit kommunistischen Grüssen

zu, Pissner, Frau Holzhofer
Klocker, Perkin, Samml

Lieber Genosse Holzhofer!

Seit dem Parteitage sind nun schon mehr als 6 Wochen vergangen. Der Wiener Landesparteitag, der am 15./4. gehalten wurde, hat Gelegenheit, Rückblick zu halten über diese letzten 6 Wochen. Es wird Dich sicher interessieren höheres über unsere Haltung auf dem Landesparteitag zu erfahren. Ich sende Dir die Abschrift der Interpellation, die der Genosse Dietz, ein führender Genosse der Wiener Strassensanner eingebracht hat. Die Interpellation kennzeichnet an einigen Verfällen aus der letzten Zeit sehr gut die gegenwärtige Lage in der Partei in organisatorischer Richtung.

In politischer und gewerkschaftlicher Richtung hat die Partei im Laufe der 6 Wochen eine Reihe schwerer Versäumnisse und schwerer Fehler begangen. Der Bericht über die politische Debatte in der "Kritik" hat die entscheidendsten Punkte meiner Kritik, der Rest meiner Kritik aber ist so verdreht und entstellt widergegeben, dass der reinste Blödsinn dabei herauskommt. Ich habe daher zwei Berichtigungen an die K.P. gesandt, Keritschener hat jedoch die Berichtigungen nicht veröffentlicht. Um so notwendiger ist es, dass Du die Wahrheit erfährst.

Die Unterdrückung der sachlichen Kritik in der politischen und gewerkschaftlichen Taktik der Partei ist ein grosser Nachteil für die K.P. denn die politische und gewerkschaftliche Klärung der Parteigenossen wird dadurch hintangehalten.

Der Bericht der K.P. verschweigt noch eine wichtige Tatsache. Die Tatsache nämlich, dass alle Abstimmungen des Parteitag bis 21:15 ergaben haben, das ist ein Verhältnis von 21:5. Wenn Du bedenkst, dass das Verhältnis auf dem Parteitag 38:13 stand, also 3:1, so kannst Du ermessen, wie gross die Verschiebung der Kräfteverhältnisse ist, die innerhalb 6 Wochen im Wiener Massstab vorgegangen. So hatte nicht viel gerechnet, und wir hatten die Mehrheit gehabt!

In der Provinz ist sich noch wenig verändert, weil die Parteigenossen dauern einerseits über die Krise in der Partei gar nicht orientiert sind, andererseits noch ein zu wenig scharfes Auge haben, um aus eigenem die politischen und gewerkschaftlichen Fehler in der gegenwärtigen Taktik der Partei zu durchblicken. XINXXX

Stern ist als Chefredakteur des deutschen Zentralorganes der K.P. der Tschechoslovakei nach Löhmen berufen worden, ein Beweis, wie hoch er im Auslande eingeschätzt wird. Er hat sich jedoch ausgedungen, dass er sofort wieder nach Wien zurückkehren kann, wenn sich die Verhältnisse in der K.P. ändern.

Es genügt wenn ich Dir mitteile, dass die Internationale der Auffassung ist, dass die Krise nicht liquidiert ist. A. der erweiterten Exekutivsitzen in Moskau (Beginn 20/5) wird auch die österreichische Frage behandelt werden. Ich bin bereits eingeladen, nach Moskau zu fahren und werde selbstverständlich hinfahren.

Eigentlich war es mein Wunsch, die Krise auslaufen zu lassen und bis zum nächsten ordentlichen Parteitag zu warten. So war im Laufe der längeren Monate tatsächlich alles was in der Partei ungesund ist, augenscheinlich zu Tage getreten, die Mitglieder hatten alle das Ungesunde gesehen und sie hatten alles ungesunde bis zum letzten Rest beiseitigen können.

Indessen dürfen wir nicht übersehen, dass heuer im Herbst Nationalratswahlen sein werden, die Wahlkampagne dürften spätestens Mitte August beginnen. Die Parteikrise muss aber vor der Eröffnung der Wahlkampagne, also spätestens Ende Juli liquidiert sein. Dabei muss man auch noch mit der Möglichkeit rechnen, dass die Wahlen früher sein werden, statt im Oktober schon im September. In diesem Falle

müsste die Krise schon Ende Juni liquidiert sein, es wird daher notwendig sein, dass er den wählen ein ausserordentlicher Parteitag zu
zur Liquidierung der Krise stattfindet, wobei jedoch Garantien geschaffen werden müssen dass die Vorbereitung dieses ausserordentlichen Parteitages nicht parteiisch geschieht, sondern durch ein Komitee in dem beide Teile paritätisch vertreten sind.

Grüsse mir herzlich den Genossen Henna, er wird sich gewiss freuen wenn Du ihm vom Eintreten dieses Schreitens Kenntnis nehmen lässt und sei auch Du

herzlich gegrüsst

von deinem

[Handwritten signature]

24/4 25

Lieser Daniell

Ich komme bestimmt am 30/7. nach Graz und werde einen früheren Zug benutzen, sodass wir noch am 30. Zeit haben werden, miteinander genügend zu sprechen. Den genauen Zeitpunkt werde ich dir noch rechtzeitig mitteilen.

Mit der Versammlung in Köllach und Leitsberg bin ich einverstanden. Ist das eine Versammlung oder sind das zwei Versammlungen? Zwei Versammlungen an einem Tage, das wäre etwas zu viel des Guten, aber im Notfall müsste es geleistet werden. Schreibe mir darüber.

Beiliegend übersende ich dir die Resolution, die Friedländer auf dem Landesparteitag eingebracht hat. Ich habe mich mit dieser Resolution identifiziert. Sie wurde mit 21:15 Stimmen abgelehnt).

Darüber hinaus übersende ich dir die Interpellation, welche Len. Dietz auf dem Landesparteitag eingebracht hat, sie beleuchtet sehr gut die inneren Verhältnisse in der Partei.

Endlich lege ich dir zwei Berichtigungen bei, die ich der A.S. eingeschickt habe, die sie aber nicht veröffentlicht hat.

Du wirst aus diesen Berichten entnehmen, wie unrecht und entstellt die A.S. berichtet und wie sie die sachliche Auseinandersetzung über die politischen und gewerkschaftlichen Fragen sehr zum Nachteil der Partei -- denn die Klärung der Parteigenossen wird dadurch erschwert wenn nicht hintangehalten -- unterbindet.

Ich fahre schon bestimmt Anfangs Mai nach Koskau zur erweiterten Exekutive. Ich werde dort den Antrag stellen, auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitag für Juni, spätestens Juli. Die Krise muss unbedingt vor der Eröffnung der Wahlkampagne liquidiert sein. Die Wahlen sind spätestens Mitte Oktober, demnach würde die Wahlkampagne im August beginnen. Wir müssen jedoch mit der Möglichkeit rechnen, dass die Wahlen schon im September sein werden, in diesem Falle würde die Wahlkampagne schon Mitte Juli einsetzen. Es muss also der außerordentliche Parteitag Ende Juni oder Juli stattfinden. Über den Termin werde ich noch nachdenken. Daß eine aberwitzig unbedingte Liquidierung der Parteikrise vor der Wahlkampagne durch einen außerordentlichen Parteitag.

Dir und den Kameraden herzliche Grüsse

dein

24/7 23

... Stern wurde als Chefredakteur des deutschen Zentralorgans der K.P. der Tschechoslowakei nach Böhmen berufen, hat sich aber ausbedungen, dass er sofort zurück nach Wien kommen kann, sowie die Parteiverhältnisse es hier erlauben.

Wien, 25. April 1923.

An die

Exekutive der kommunistischen Internationale

Werte Genossen,

Die unterfertigten sind neuerlich genötigt, bei der Exekutive der Komintern gegen den in der Internationale wohl einzig dastehenden Missbrauch der Wiener „Roten Fahne“ durch die gegenwärtig führenden Genossen der K.P.Oe. den schärfsten Protest zu erheben und die Exekutive zu ersuchen, dagegen einzuschreiten.

Nachdem bereits der Bericht über den Reichsparteitag, der im März stattgefunden hatte, in unglaublicher Weise verfälscht worden war, ist dies nun durch den Bericht über den Wiener Landespartei-tag überboten worden. Hierbei handelt es sich nur um bewusste Verfälschung und Verschweigung des tatsächlichen Verlaufes des Landesparteitages, über den wir kürzlich der Exekutive der Komintern berichtet haben, sondern, was das Gravierendste ist, um bewusste Lächerlichmachung ~~führender Genossen~~ exponierter Genossen und Funktionäre, was natürlich bewusst parteischädigend ist.

Es wurden und werden ferner die Meinungsäußerungen über wichtige taktische Fragen und, was noch merkwürdiger ist, Artikel über die politische Lage Österreichs und die sich daraus ergebenden Konsequenzen, wenn sie von Genossen, die nicht zur persönlichen Gefolgschaft Koritschoners oder Tomanns gehören, ~~systematisch~~ systematisch unterdrückt.

Es wurden die Anträge und Resolutionen der M starken Minderheit auf dem Landespartei-tag in der „Roten Fahne“ glatt totgeschwiegen, sogar der Antrag betreffend die ~~Exekutive~~ Vorbereitung der Parole der Arbeiterregierung, der von der Mehrheit angenommen worden ist.

Die Genossen Frey und Friedländer haben vom Chefredakteur der „R.F.“ sowie vom Parteivorstand die Berichtigung ihrer vollständig entstellten Reden auf dem Landespartei-tag sowie den Abdruck der Resolution Friedländer und der Anträge Frey verlangt. Sie haben es abgelehnt.

Wir berufen hiemit an die Exekutive der Komintern und ersuchen sie, zu erwirken, dass der gegenwärtige Zustand ~~in~~ in der K.P.Oe., wonach man der Willkür der führenden Genossen vollkommen wehrlos ausgeliefert ist, ein Ende findet.

Wir ersuchen, das beiliegende Material, die Berichtigungsersuchen der Genossen Frey und Friedländer zur Kenntnis zu nehmen.

Mit kommunistischem Gruss

Friedländer Frey

26.4. 1923

Lieber Genosse Locker.

Der Minor. Landesparteitag am 15.4. hat die Bilanz gezogen über die Tätigkeit der Partei vom Parteitag (8.3.) bis zum Landesparteitag (15.4.) Es wird Dich sicher interessieren, über den Minor. Landesparteitag näheres zu erfahren.

Ungeachtet dessen sende ich Dir in der Beilage die Abschrift einer Interpellation, die der Genosse Dietz eingebracht hat, sie kennzeichnet die Lage der Partei, wie sie sich unmittelbar in den Wochen nach dem Parteitag herausgebildet hat.

In politischer und gewerkschaftlicher Beziehung hat die Partei im Laufe der sechs Wochen eine Reihe schwerer Versäumnisse und Fehler begangen. Der Bericht in der roten Fahne verschweigt die wichtigsten Punkte meiner Kritik, den Rest der Kritik hat sie bis zum Blödsinn entstelltwiedergegeben. Ich habe daher an die rote Fahne zwei Berichtigungen eingeschickt, deren Veröffentlichung eritschoner jedoch unterlassen hat. Umso notwendiger, dass Du die Wahrheit erfahrest. Ich halte es für eine Schädigung der Partei, wenn die sachliche Kritik an der politischen gewerkschaftlichen Taktik der Partei überhaupt unterbunden wird.

Der Bericht der Roten Fahne schweigt auch darüber, dass alle Abstimmungen auf dem Landesparteitag das stimmenverhältnis 21:15 ergeben haben. Wenn Du bedenkst, dass auf dem Reichsparteitag nur eine Minderheit von 13 Stimmen eine Mehrheit von 38 gegenüber stand (1:2) und jetzt 6 Wochen später das Verhältnis 15:21, das 1:2 war, so sionst Du ziffermässig, wech grosse Parteiverschiebung im Laufe von 6 Wochen in Wien vor sich gegangen ist.

Auf der erweiterten Exekutivsitzung in Moskau in der zweiten Maihalbe wird auch die österreichische Frage behandelt werden. Auch ich bin eingeladen und werde selbstverständlich hinfahren, und ich bin überzeugt, dass die Internationale der Partei helfen wird, mit der Lösung innerhalb der Partei vorwärts zu kommen.

Es ist als Chefredakteur des deutschen Zentralorgans der K.P.O., nach Böhmen berufen werden, ein Beweis, wie hoch seine Kraft eingeschätzt wird. Er hat sich aus bedingungen, dass er sofort wieder nach Wien kann, sobald sich die Verhältnisse in der K.P. Oest. ändern werden.

Aus zu einer Sache, die hartes insbesondere beugt. Seit dem Parteitag hat mich und alle Genossen, die im Verdacht stehen, mit mir zu sympathisieren, systematisch von Referenzen ausgeschlossen. Zu meiner Überraschung bekomme ich gestern, den 25. d. v. von Polzer (der ist jetzt Reichsekretär für Organisation) den Antrag, am 28.39.30. und am 1. Mai in Liegenschaft zu sprechen. Ich habe mich sofort -abweisendes erklärt, am 28. und 29. in Liegenschaft zu sprechen, konnte aber für 30.4. und 1. Mai nicht mehr annehmen, da ich schon seit etwa 14 Tagen mit den Verwandten meiner Frau, die in Italien wohnen, für diese Tage eine Zusammenkunft in dringenden Familienangelegenheiten nach Graz vereinbart hatte. Da ich wusste, dass ich ohnedies an diesen Tagen in Graz sein werde, habe ich mich gleich erboten, an diesen Tagen in Graz zu referieren.

Ich habe daher dem Parteivorstand vorgeschlagen, für den 30.4. und 1.5. jemand anders nach Liegenschaft zu schicken, und ich habe mich bereit erklärt, einen Teil der Reisekosten, die dadurch erwachsen, möglichenfalls aus meiner Tasche zu ersetzen.

Das ist der Selbsterhaltung. Ich muss leider dem Verhalten, wie sie jetzt in der Partei herrschen, annehmen, dass dieser Sachverhalt ganz verdrängt wird und ich bitte Dich, den Gen. Tersehe und die andern Genossen von diesem richtigen Sachverhalt zu informieren.

mit kommunistischem Gruß

Lieber Gen. Frei.

21/IV. 1923

Meinen besten Dank für Deinen Brief und für das mir
gesandte Material.

Ich habe mit größter Aufmerksamkeit die Entwicklung der
Partei seit dem Parteitag verfolgt und bin ja auch auf gar
keinen anderen Punkt gekommen als auf jenen das Sie
es versuchen um auf eine Art u. Weise zu erledigen, die
meines bescheidenen Frachtes nur Schaden sein kann für
die weitere Entwicklung der Partei.

Es ist mir ganz klar das es nicht möglich sein
kann diese Richtung d. P. V. bis zum nächsten
Parteitag zu steuern. Eines steht fest, die Partei muss bis zum
nächsten Mitglied, in kürzester Zeit aktiviert werden, wollen
wir nicht eine zweite S. P. sein.

Klar u. deutlich spricht die von Gen. Dietz eingebrachte
Interpretation a. d. W. Landesparteitag. Eben so klar
und unzweifelhaft Deine beiden Perichitungen für die P. S.
welche nicht veröffentlicht wurden, was ja doch von vornherein
zu erwarten war.

Auch entnehme ich aus Deinem Schreiben das
Du lieber Gen. Frei als einfacher Soldat an den
Posten d. wobl. Rev. anstehend u. anstehen wirst habe auch
gar nicht zweifelt, was aber nicht bei jedem ^{andern} Fall
war, und Deine gegenwärtige Arbeit werde alle die
Argumente (wie Heber, Freizeig, Diktator, Eisenbroden usw.)
mit die alle unsere Gegner gegen dich gearbeitet haben
Zerschlagen

Entnehme auch aus Deinem Brief das
Gen. Stern nicht für immer genommen ist, mit
schwierigen Verhältnissen wird auch Gen. Friedländer
zu kämpfen haben.

Und zu Deiner Reise nach Moskau lieber
Gen. Frei setze ich und ich glaube viele tausende
Anderer ist^a Kommunisten welche von der Partei-
krise wissen ihre einzige Hoffnung das es
möglich sein wird die Ost-Partei ^{ist} ^{tauernt} →

Mit dieser Joffnung wünsche ich Dir zu dieser
Arbeit in Aufgabe den besten Erfolg, um in Ost. eine
Kommunistische Partei aufzubauen die alle ihren
Aufgaben nachkommen kann

Zu deinem Fragen Mittelbach

Auch Mittelbach hatte etwas der Parteilos zu
spüren bekommen, Mittelbach ist einheitlich für uns
Ich habe seit der letzten Aussprache mit dir
alle unsere Gen. aus ihrer Passivität heraus geholt,
und wir werden wenn es zu einem außerordentlichen
Parteilos kommen soll auf diesem durch unseren
eigenen Vertreter anwesend sein,

Arbeit habe ich noch keine, auch keine Aussicht
wilde zu finden, arbeite daher meistens nur
die Partei da ich Zeit dazu habe, wie du
lieber Gen Frei für unsere Zukunft arbeitest.

In der Erwartung dass Dir mein
Schreiben verständlich ist

Grüß Dich herzlich

Dein Ferdinand Frey

Werte Genossen!

Es ist leider notwendig, sich wieder an das Exekutivkomitee der K.I. zu wenden, um festzustellen, dass sich die Zentrale der K.P.Oe. trotz der durch die gegenwärtige internationale Situation wie der in Oesterreich selbst gegebenen Aufgaben, einen politischen Fehler nach dem anderen zu Schulden kommen lässt, weswegen politische Direktiven des Exekutivkomitees an den Vorstand der K.P.Oe. dringend notwendig sind--es haben bereits die Genossen Kreibich und Miljutin als bevollmächtigte Vertreter scharfe Kritik besonders an der durchaus mangelhaften politischen Führung der Partei geübt, wie auch an den, die ständige Parteikrise während mechanistischen Massnahmen des P.V. wodurch die überaus grosse Möglichkeit der Entwicklung der Partei gehemmt wird. Leider hat diese Kritik so gut wie garnichts gefruchtet, der P.V. hat trotz gewisser mit Vorbehalt gegebener Versicherungen, seine alte Taktik fortgeführt, wozu auch noch seine ganz schlappe Haltung auf gewerkschaftlichem Gebiete kommt, wodurch die grössten Chancen des Vordringens der kommunistischen Bewegung in Oesterreich ungenutzt bleiben.

Trotz unseres wiederholten Hinweises auf die Fehler, welche die kommunistischen Gewerkschafter in Oesterreich nun schon seit vielen Monaten begehen, was in weiten Parteikreisen schärf kritisiert wird, ist bisher seitens der Komintern kein Wortchen der Kritik an dem kommunistischen Gewerkschaftsrat Oesterreichs geübt worden, was dazu beiträgt, dass sie, mit Berufung auf die Komintern und Profintern aus der Not eine Tugend machen, aus ihren Fehlern ein Methode machen. Es wird darum notwendig sein, demnächst in einem besonderen Schreiben an die Exekutive der Komintern und Profintern über die Fehler, die seitens der unverantwortlichen Stellen und Personen der K.P.Oe., bzw. des revolutionären Blocks, in Oesterreich ständig gemacht werden, zu berichten, und die notwendigen Vorstellungen zur Verhütung weiterer Fehler herbeizuführen.

Nun zur Feststellung einiger besonders auffälliger Fehler der Zentrale der K.P.Oe., welche ihre Unfähigkeit nur allzu krass beleuchten.

1.) Angesichts der Verschärfung der internationalen Lage, die Offensive Englands gegen Sowjetrussland, die Ermordung Wewrowskys, u. s. w. - keine Versammlungen der K.P.Oe., geschweige Demonstrationen, wie sie die K.P. der übrigen Länder veranstaltet haben, auch kein Aufruf des P.V. der K.P.Oe., vollständiges Versagen, gänzliche Passivität.

2.) Angesichts der Vereinigung der 2. und 21/2., wobei die S.P.Oe. besonders engagiert, zwei mit ziemlichem Pomp angekündigte "Massenversammlungen". Diese sind aber in zwei Lokalen einberufen, die, was die Arbeiterschaft weiss, keine 4000 Personen fassen. Dadurch Blössiung und lächerlich Machung der K.P.Oe., gerade aus Anlass des Hamburger Kongresses!

3.) Die systematische Ausserachtlassung der innerpolitischen Forderungen, insbesondere die auf die sozialdemokratischen Arbeiter auszudehnende Propaganda gegen die reaktionäre Regierung, für den konsequenten Kampf bis zu deren Sturz und Herbeiführung der Arbeiterregierung in Oesterreich, hält an. Beweis die R.F., die Parolen für die Versammlungen.

Einige wichtige Beispiele:

a) Im Mai-Aufruf kein Wort von der Forderung der Arbeiterregierung, im Gegensatz zu allen kommunistischen Parteien Europas, die diese Forderung auch in solchen Ländern propagieren, wo die Arbeiterklasse weitwärts schwächer ist als in Oesterreich.

b) In den weitverbreiteten Flugblättern zu den Versammlungen gegen den sich ausbreitenden Fascismus, gegen die wachsende reaktionäre Gefahr in der Wehrmacht, gegen die, den Fascisten feindliche, Polizei--ebenfalls kein Wort.

... frequenten Kampfes bis zur Beiseitigung der reaktionären Regierung
d. Herbeiführung einer proletarischen Regierung. Dies, obwohl ich im P.V.
P.V. darauf hingewiesen habe, dass gerade die Propaganda gegen die reak-
tionäre Gefahr, für Aufrichtung und Ausbau der Ordnerorganisationen, ganz
gegen die sogenannte "Entpolitisierung" der Wehrmacht, diese Parteien not-
wendig erfordert, weil sonst Illusionismus und Pessimismus erzeugt
wird.

c) Spezielles Versagen des P.V. im Kampfe gegen die über-
handnehmende Reaktion in der Wehrmacht. Keine Zuspitzung der Kampagne
daraufhin, wie ja der P.V. jede Zuspitzung einer Kampagne auf bestimmte
Stöße methodisch ablehnt, sowohl in politischer, als auch in wirt-
schafflicher Hinsicht. Keine politischen Parteien, obwohl nur dadurch
die Arbeiterschaft in den Betrieben in den Kampf für die proletari-
schen Wehrmänner getrieben werden kann. Die Herbeiführung einer ~~XXXXXX~~
Arbeiterregierung ist die conditio sine qua non des Ausbaus, bzw. der
Aufrechterhaltung einer "proletarischen Wehrmacht". Durch die politi-
sche Unklarheit des P.V. bzw. des Pol.-Büros hat es sich ergeben, dass
der politische Haupttreiber der Partei in einer Massenversammlung gegen
die Reaktion in der Wehrmacht, Gen. Brognig, die vollkommen sozialdemo-
kratische Ablenkungsparole ausgesprochen hat: Gegenüber der fortschrei-
tenden Reaktion in der Wehrmacht ist notwendig der Ausbau der prole-
tarischen Selbstschutzorganisationen. Letzteres ist gewiss sehr notwendi-
g, aber nicht als das Mittel gegen die Reaktion in der Wehrmacht, wie
dies der Dr. Julius Deutsch verkündet.

4.) Vollständiges, unsere Partei schwer schädigendes Zurückblei-
ben des P.V. in der Vorbereitung und Aufnahme des Kampfes für die Na-
tionalratswahlen hinter der S.P. Diese hat schon vor einem Monate begun-
nen, hat Aufrufe erlassen, sammelt für die Wahlen. Von Seiten
der K.P. so gut wie nichts.

Der P.V. hat es durch Wochen abgelehnt - trotz der Hin-
weise und Abträge nicht nur meinerseits, sondern auch von Mitgliedern
der sogenannten Parteivorstandsmajorität wie des Gen. Fiala und der
Genossin Etrömer folgende Frage zu entscheiden; wonach erst in den Wahl-
kampf einzutreten ist: Ob mit einem Angebot auf gemeinsame Liste XXX
unter bestimmten Bedingungen an die S.P. heranzutreten ist oder nicht.
Es scheint mir eine solche Aufforderung an die S.P. tunlich, wenn die Bd
Bedingungen vom kommunistischen, natürlich gegenwärtigen politischen Stand-
punkte gestellt werden. Die Abbehnung des Angebotes durch die S.P. ist
zweifellos. Daher ist die Durchführung dieses Schrittes, der in der ~~XX~~
Durchführung der Taktik der Einheitsfront liegt, umso unbedenklicher,
aber auch umso zwingender geboten. - Der politische Führer der K.P.,
Gen. Keritschoner ist aber dagegen. Er wagt es aber nicht, sich ent-
schieden dagegen zu erklären und so wurde die Entscheidung wochenlang
hinausgeschoben, obwohl die Entscheidung aus den Betrieben heraus ge-
fordert wird und uns die Verzögerung gegenüber der S.P. ins Hintertref-
fen gebracht hat. Für dieses Verhalten wäre seitens der Exekutive dem
P.V. der K.P. Oe. die schärfste Rüge zu erteilen.

5.) Es wäre noch von einer Reihe anderer Fehler, die zum
Teile auch gewerkschaftlicher und organisatorischer Natur sind zu
berichten, so vom vollständigen Versagen der K.P. Oe. bzw. der revolu-
tionären Blocks in den Lohnbewegungen in der zweiten Hälfte des April,
vom verspäteten Eingreifen in die Arbeitslosenbewegung Ende April -
einen Tag nach Gewährung einer etwar erhöhten Unterstützung - wodurch
uns die Arbeitslosen, die früher fast ganz in der Gefolgschaft der K.P.
Oe. waren, zum Teile wieder entglitten sind, u. s. w.

6.) Die Rote Fahne wurde zur Verulung von Genossen der
Opposition missbraucht, beispielsweise durch absichtliche Druckfehler
wie: "... ein jugendlicher Lamm" anstatt "der Vertreter der Jugendlö-
chen, Schlamm" und ~~XXX~~ "Genossen Bohnenschein" anstatt "Sonnenschein"
dadurch wurde auch die Partei blossgestellt.

7.) Die seinerzeit einstimmig (auch mit Tomanns und Keritsche-
ners Stimme) ausgeschlossene Forst und Teber, die Herde von Korruptio-
nismus und Intrigantum wurden mit allen Ehren wieder in die Partei
aufgenommen, wobei die Beschlüsse des Parteitages, auf Grund deren ihre
Aufnahme nicht möglich wäre, durch das einseitig und willkürlich
zusammengesetzte Parteigericht einfach mit Füßen getreten wurden.
Dagegen protestieren wir und fordern die Einsetzung eines
typischen Parteigerichtes

die sogenannte „~~... ..~~“
ndig erfordern, weilsonst Illusionismus und Ppanlosigkeit erzeugt wird.

c) Spezielles Versagen des P.Vim Kampfe gegen die überhandnehmende Reaktion in der Wehrmacht. Keine Zuspitzung der Kampagne daraufhin, was ja der P.V. jede Zuspitzungeiner Kampagne auf bestimmte Stösse methodisch ablehnt, sowohl in politischer, als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Keine politischen Parolen, obwohl nur dadurch die Arbeiterschaft in den Betrieben in den Kampf für die proletarischen Wehrmänner getrieben werden kann. Die Herbeiführung einer ~~AKKKEKE~~ Arbeiterregierung ist die conditio sine qua non des Ausbaues, bzw. der Aufrechterhaltung einer „proletarischen Wehrmacht“. Durch die politische Unklarheit des P.V. bzw. des Pol.-Büros hat es sich ergeben, dass derpolitische Hauptredner der Partei in einer Massenversammlung gegen die Reaktion in der Wehrmacht, Gen. Bregzig, die vollkommen sozialdemokratische Ablenkungsparole ausgesprochen hat: Gegenüber der fortschreitenden Reaktion in der Wehrmacht ist notwendig der Ausbau der proletarischen Selbstschutzorganisationen. Letzteres ist gewiss sehr notwendig, aber nicht als das Mittel gegen die Reaktion in der Wehrmacht, wie dies der Dr. Julius Deutsch verkündet.

4.) Volständiges, unsere Partei schwer schädigendes Zurückbleiben des P.V. inder Vorbereitung und Aufnahme des Kampfes für die Nationalratswahlen hinter der S.P. Diese hat schon vor einem Monate begonnen, hat Aufrufe erlassen, sammelt für die Wahlfonds. Von Seiten der K.P. so gut wie nichts.

Der P.V. hat es durch Wochen abgelehnt-trotz der Hinweise und Abträge nicht nur meinerseits, sondern auch von Mitgliedern der sogenannten Parteivorstandsmajorität wie des Gen. Fiala und der Genossin Strömer- folgende Frage zu entscheiden; wonach erst in den Wahlkampf einzutreten ist: Ob mit einem Angebot auf gemeinsame Liste KKK unter bestimmten Bedingungen an die SPP. heranzutreten ist oder nicht. Es scheint mir eine solche Aufforderung an die S.P. tunlich, wen die Bedingungen vom kommunistischen, natürlich gegenratspolitischen Standpunkte gestellt werden. Die Abbehnung des Angebotes durch die S.P. ist zweifellos. Daher ist die Durchführung dieses Schrittes, der in der Durchführung der Taktik der Einheitsfront liegt, umso unbedenklicher, aber auch umso zwingender geboten. -Der politische Führer der K.P., Gen. Koritschoner ist aber dagegen. Er wagt es aber nicht, sich entschieden dagegen zu erklären und so wurde die Entscheidung wochenlang hinausgeschoben, obwohl die Entscheidung aus den Betrieben heraus gefordert wird und uns die Verzögerung gegenüber der S.P. ins Hintertreffen gebracht hat. Für dieses Verhalten wäre seitens der Exekutivedem P.O. der K.P. Oe. die schärfste Rüge zu erteilen.

5.) Es wäre noch von einer Reihe anderer Fehler, die zum Teile auch gewerkschaftlicher und organisatorischer Natur sind zu berichten, so vom vollständigen Versagen der K.P. Oe. bzw. der revolutionären Blocks in den Lohnbewegungen in der zweiten Hälfte des April, vom verspäteten Eingreifen in die Arbeitslosenbewegung Ende April-einen Tag nach Gewährung einer etwar erhöhten Unterstützung-wodurch uns die Arbeitslosen, die früher fast ganz in der Gefolgschaft der K.P. Oe. waren, zum Teile wieder entglitten sind, u. s. w.

6.) Die Rote Fahne wurde zur Verulkung von Genossen der Opposition missbraucht, beispielsweise durch absichtliche Druckfehler wie: „... ein Jugendlicher Lamm“ anstatt Eder Vertreter der Jugendlichen, Schlamm“ und KKK“ Genossen Bohnenschein“ anstatt „Sonnenschein“ dadurch wurde auch die Partei blossgestellt.

7.) Die seinerzeit einstimmig (auch mit Tomanns und Koritschoners Stimme) ausgeschlossenen Forst und Tober, die Herde von Korruptionismus und Intriguentum wurden mit allen Ehren wieder in die Partei aufgenommen, wobei die Beschlüsse des Parteitages, auf Grund deren ihre Aufnahme nicht möglich wäre, durch das einseitig und willkürlich zusammengesetzte Parteigericht einfach mit Füßen getreten wurden. Dagegen protestieren wir und fordern die Einsetzung eines internationalen Parteigerichtes gegen die Genannten.

Dafür hält der P.V. unter den ihm missliebigen Funktionären weiterhin „Musterung“.

Dafür hält der P.V. unter den ihm missliebigen Funktionären weiterhin "Musterung"

8.) Gegen die Weigerung des Gen. Tomanns auf Aufforderung der Exekutive der Komintern nach Moskau zu fahren, lege ich energischen Protest ein. Ich betone besonders, dass ich zu der Sitzung des P.V., die über diese Aufforderung beraten und entschieden hat, gar nicht eingeladen wurde. Es liegt keinerlei sachlicher Grund vor, warum Tomann nicht dem Rufe der Exekutive Folge leistet.

9.) Zum Schlusse bemerke ich, dass der Umstand, dass die Kritik der Genossen Kreibich und Miljutin den Parteimitgliedern vorenthalten sowie jede Kritik überhaupt vor der Parteimitgliedschaft vollständig unterdrückt wurde und wird, eine Ursache ist, warum der P.V. der K.P.O. noch derzeit weiterwirtschaften kann.

Mit kommunistischem Gruss